

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

MATERIAL



**Zweite Konferenz
„Kommunale Partnerschaften
mit Afrika“**

**24. bis 26. Oktober 2013 in der
BallinStadt, Hamburg
Dokumentation**

Im Auftrag des

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Nr. 63

Impressum

Herausgeberin:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Abteilung Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-389
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Material– Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 63
Projektleitung: Samera Zagala
Text: Benjamin Kafka
Redaktion: Samera Zagala, Sebastian Dürselen
Fotos: Andreas Grasser
Umschlaggestaltung und Layout: Fabian Ewert Design
Druck: Köllen Druck + Verlag GmbH

Bonn, März 2014

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Material“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Die Verwendung der männlichen Form im Text schließt die weibliche Form ein.

Die Durchführung der Konferenz erfolgte in Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg.



Zweite Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“

24. bis 26. Oktober 2013 in der BallinStadt, Hamburg

Dokumentation



Inhalt

Donnerstag, 24. Oktober 2013	7
1. Begrüßungen	7
1.1. Anita Reddy, Bereichsleiterin der Engagement Global gGmbH	7
1.2. Günter Nooke, Persönlicher Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin.....	8
1.3. Dr. Didas Massaburi, Oberbürgermeister der Stadt Dar es Salaam.....	9
2. Keynote Frédéric Vallier, Generalsekretär des Rates der Gemeinden und Regionen in Europa	9
3. Thementische	11
3.1. Thementisch 1: Kommunale Partnerschaften für Einsteiger.....	11
3.2. Thementisch 2: Finanzielle Unterstützung für Partnerschaftsprojekte.....	12
3.3. Thementisch 3: Instrumente der Personalentsendung für kommunale Partnerschaftsprojekte	13
3.4. Thementisch 4: Einbindung von Migrantinnen und Migranten in kommunalen Partnerschaften am Beispiel München – Harare	14
3.5. Thementisch 5: Einbindung von Jugendlichen am Beispiel von Schulpartnerschaften und dem Entwicklungspolitischen Schulaustauschprogramm (ENSA).....	16
3.6. Thementisch 6: Fairer Handel in kommunalen Partnerschaften am Beispiel Hannover	17
Freitag, 25. Oktober 2013	18
4. Keynotes.....	18
4.1. Keynote Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn, Unterabteilungsleiterin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	18
4.2. Keynote Jean-Pierre Elong Mbassi, Generalsekretär der United Cities and Local Governments of Africa (UCLG-A).....	19

5. Arbeitsgruppen	21
5.1. Arbeitsgruppe 1: Dreiecks- und Ringpartnerschaften.....	21
5.2. Arbeitsgruppe 2: Lokale Infrastrukturprojekte im Bereich Wasser.....	22
5.3. Arbeitsgruppe 3: Ansätze in Schul- und Bildungsprojekten in Afrika.....	22
5.4. Arbeitsgruppe 4: Kommunale Partnerschaftsprojekte im Bereich Bürgerbeteiligung.....	23
5.5. Arbeitsgruppe 5: Kommunale Partnerschaften in Krisen- und Konfliktsituationen.....	24
5.6. Arbeitsgruppe 6: Wirkungsorientierung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit	24
6. Podiumsdiskussion „Zur Rolle politischer Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in kommunalen Partnerschaften“.....	25
7. Präsentation der Partnerschaft Hamburg – Dar es Salaam	29
8. Stadtrundfahrt, Empfang im Hamburger Rathaus, Theateraufführung des Pantheaters: „Nyumbani“	29
Samstag, 26. Oktober 2013	32
9. Keynote Jürgen Maier, Geschäftsführer Forum Umwelt und Entwicklung.....	32
10. Podiumsdiskussion „Die Umsetzung der MDGs in den Kommunen“.....	33
11. Abschlussrede S.E. Essohanam Comla Paka, Botschafter der Republik Togo	36
12. Zusammenfassung und Fazit Dr. Stefan Wilhelmy, Abteilungsleiter der SKEW der Engagement Global	37
Anhang	38
Programm	38
Teilnehmendenliste	41
Abkürzungsverzeichnis	48

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

rund 130 Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, Partnerschaftsvereinen, Nichtregierungsorganisationen und Institutionen nahmen an der zweiten Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“ teil. Diese fand vom 24. bis 26. Oktober 2013 im Auswanderermuseum BallinStadt in Hamburg statt und wurde von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global gGmbH in Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg veranstaltet.

Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft diskutierten in Workshops zu Themen wie Fairer Handel, Schulpartnerschaften und Bürgerbeteiligung. Die Konferenz zeigte die Vielfalt kommunaler Partnerschaften mit Afrika auf und beleuchtete die verschiedenen Perspektiven von Bund, Ländern und Kommunen wie auch den europäischen und afrikanischen Blickwinkel zur Partnerschaftsarbeit – deren Erfolge und Herausforderungen. Beleuchtet wurden diese unter anderem vom Persönlichen Afrikbeauftragten der Bundeskanzlerin Günter Nooke, von Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Generalsekretär des Rates der Gemeinden und Regionen in Europa Frédéric Vallier und Generalsekretär des Weltverbands der Kommunen (United Cities and Local Governments – Sektion Afrika, UCLG-A) Jean-Pierre Elong Mbassi.

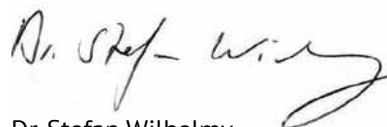
Einer der Höhepunkte und beeindruckendes Symbol der lebendigen Städtepartnerschaft zwischen Dar es Salaam und Hamburg bildete die Präsentation des Dar-es-Salaam-Platzes in der Hamburger Hafen-City durch Vertreter der Städte Hamburg und Dar es Salaam, und insbesondere durch Oberbürgermeister Dr. Didas Massaburi von Dar es Salaam. Der Festakt mit Dr. Dorothee Stapelfeldt, Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg, im Rathaus belegte

ebenfalls die Bedeutung dieser Städtepartnerschaft. Das Pantheater beeindruckte mit seiner Aufführung „Nyumbani“ das Publikum durch seine kontroverse Darstellung zu Partnerschaft, Fairer Handel und Heimat.

Die Besonderheit von kommunalen Partnerschaften ist, dass beide Seiten von ihren Erfahrungen und ihrem Wissen profitieren und voneinander lernen, denn die Herausforderungen der städtischen Verwaltung sind oftmals dieselben: Stadtentwicklungsplanung, Umweltmanagement und Abfallentsorgung, Verkehr, Wasserversorgung und Abwasser, Bürgerbeteiligung, Verwaltungsaufbau und kommunale Selbstverwaltung.

Die in dieser Form einzigartige Konferenz zu „Kommunalen Partnerschaften mit Afrika“ bietet ein Forum für den Erfahrungsaustausch zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Sie fördert die Vernetzung sowohl zwischen als auch innerhalb der Kommunen und den jeweiligen Partnerschaftsvereinen sowie den verschiedenen Akteuren untereinander. Weiterhin wird durch die Konferenz das vielfach ehrenamtliche Engagement in den Kommunen sichtbar und damit auch gewürdigt. Mit dieser Dokumentation geben wir einen Überblick zu den gehaltenen Reden, Diskussionen und zu den Ergebnissen der Thementische und Arbeitsgruppen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Dr. Stefan Wilhelmy

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt /
Engagement Global

Donnerstag, 24. Oktober 2013

1. Begrüßungen

Anita Reddy, Bereichsleiterin der Engagement Global, Günter Nooke, Persönlicher Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin und Dr. Didas Massaburi, Oberbürgermeister der Stadt Dar es Salaam in Tansania, eröffneten die Konferenz mit ihren Grußworten.

1.1. Anita Reddy, Bereichsleiterin der Engagement Global gGmbH



Anita Reddy begrüßte die Teilnehmenden und dankte den internationalen Gästen für den weiten Weg, den sie auf sich genommen hätten. In ihrem Grußwort ging sie auf die Bedeutung von kommunalen Partnerschaften für die Entwicklungszusammenarbeit ein. Durch die Breite ihrer Themen und die Vielfalt der beteiligten Akteure seien diese ein idealer Nährboden für Innovationen und durch die persönlichen Beziehungen der Akteure überdies von großer Stabilität und Dauerhaftigkeit. Anita Reddy betonte besonders die Einbindung von Migrantinnen und Migranten in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit, deren Einbeziehung für alle Beteiligten von großem Wert sei. Die Benennung eines Platzes in der Hamburger HafenCity nach der Partnerstadt Dar es Salaam sei eine gute Illustration für die Wertschätzung der Partner.

Kommunale Partnerschaften fänden national und international immer mehr Anerkennung, wie sich in Stellungnahmen der Vereinten Nationen (VN), der Europäischen Union (EU) und nationalen Regierungen zeige. Die politische Verantwortung, in der sich Kommunen selbst sähen, habe sich beispielsweise beim Weltgipfel des Weltverbands der Kommunen (United Cities and Local Governments (UCLG)) gezeigt. Dessen Titel, „Imagine Society – build Democracy“ mache deutlich, dass große Themen wie die Stärkung der Demokratie und die Entwicklung von Gesellschaftsvisionen auch auf kommunaler Ebene diskutiert würden. Ein anderes Beispiel hierfür sei die Forderung der Kommunen auf derselben Konferenz, dass in der Post-MDG (Millennium Development Goals/Millenniumsentwicklungsziele) bzw. der SDG-Agenda (Sustainable Development Goals/Nachhaltigkeitsziele) aus zwei Prozessen einer gemacht werden müsse. Diese Forderung entspreche der realen Situation vor Ort, wo gemeinsam Zukunft und Gegenwart gestaltet würden.

„Vor Ort können sich zivilgesellschaftliche und kommunale Kräfte der Politik und Verwaltung bündeln. In dieser Zusammenarbeit entsteht Innovation, die wir dringend brauchen für eine nachhaltige Entwicklung.“

Anita Reddy

Abschließend ging Anita Reddy auf die Angebote und Möglichkeiten der Engagement Global und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) ein und wünschte den Teilnehmenden einen regen Austausch und eine interessante Konferenz.

1.2. Günter Nooke, Persönlicher Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin



Günter Nooke bestellte den Teilnehmenden die Grüße der Bundeskanzlerin und bemerkte, dass die Anwesenheit der Gäste aus Partnerschaften in Deutschland und Afrika deutlich zeige, dass kommunale Partnerschaften keine Einbahnstraßen seien.

Günter Nooke betonte, dass man immer die Vielfalt Afrikas berücksichtigen müsse, wenn man über Wandel in Afrika spreche – und dies sei das Hauptthema seines Vortrages: „Afrika im Wandel – Chancen und Herausforderungen für Kommunen und die Entwicklungszusammenarbeit“. Wandel in Afrika sei in drei Hauptkategorien auszumachen: in der Bevölkerungsentwicklung, beim Wirtschaftswachstum und im Hinblick auf die Rolle Afrikas in der Welt.

Die Bevölkerung Afrikas werde sich bis 2050 verdoppeln, wobei die Hälfte der Menschen unter 15 Jahre alt sein werde. Dieses Wachstum werfe drängende Fragen bezüglich Beschäftigung, Ernährung und Migration auf und stelle lokale Gebietskörperschaften vor neue Herausforderungen. Die Flüchtlingskatastrophe von Lampedusa stelle auch grundsätzlich die Frage, wie man Armut beseitigen und Ungleichheit in der Welt reduzieren könne. Dabei müsse man fragen, wie man Zukunftschancen auf dem afrikanischen Kontinent aufbauen könne, aber auch, welche Chancen Migration bieten könne.

Das Wirtschaftswachstum in Afrika könne teilweise eine Antwort auf diese Fragen geben: Afrika erlebe stabile Wachstumsraten von über fünf Prozent. Der Mobilfunksektor beispielsweise habe eine rasante Entwicklung erlebt – ohne Unterstützung durch Entwicklungszusammenarbeit, angetrieben durch afrikanische Unternehmerinnen und Unternehmer.



Die Rolle Afrikas in der Welt sei im Wandel. Während der Vorläufer der Afrikanischen Union in seiner Frühzeit vor allem die Befreiung Afrikas vom Kolonialismus betrieben habe, ergreife die Afrikanische Union heute eigenständig Maßnahmen zur Friedenssicherung, formuliere gemeinsame Antworten auf Herausforderungen der Globalisierung, und mache den Mitgliedsstaaten Vorgaben zum Schutz von Demokratie, Menschenrechten und guter Regierungsführung.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstütze die Dezentralisierung in Afrika und die kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Die Mittel für entwicklungspolitisches Engagement in Kommunen seien von jährlich zwei auf nunmehr fünf Millionen Euro erhöht worden. Die Umsetzung dieser Mittel erfolge über die SKEW der Engagement Global.

Günter Nooke beendete seinen Vortrag mit einer Gedankenreise in die Zukunft Afrikas und der positiven Entwicklungen, die dank technischer Innovationen möglich seien. Um diese Wirklichkeit werden

zu lassen, sei eine Vertiefung der Partnerschaften auf allen Ebenen wichtig. Hierzu könnten kommunale Partnerschaften einen wichtigen Beitrag leisten.

1.3. Dr. Didas Massaburi, Oberbürgermeister der Stadt Dar es Salaam



Dr. Didas Massaburi begrüßte die Teilnehmenden und die 17-köpfige Delegation aus den drei Bezirken von Dar es Salaam – Kinondoni, Ilala und Temeke.

„Für gute Beziehungen zwischen Partnerstädten ist es wichtig, dass wir uns über unsere Erwartungen und Wahrnehmungen bewusst sind. Nur so können wir verhindern, vorschnell zu urteilen und mit der nötigen Offenheit in eine Partnerschaft gehen.“

Dr. Didas Massaburi

Städte stünden weltweit vor ähnlichen Herausforderungen in der Frage, wie sie ihre Entwicklung nachhaltig gestalten könnten. Diese Frage habe die Delegierten der Zweiten Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“ in Hamburg zusammengebracht. Kooperation zwischen Städten könne auf dreierlei Art geschehen: Man könne sich gegenseitig ideell unterstützen und in der Arbeit aufbauen. Dies benötige kein Geld. Die Benennung eines Platzes in Hamburg nach der Partnerstadt Dar es Salaam sei ein gutes Beispiel hierfür. Zweitens könne man sich finanziell und personell unterstützen. Dies sei wichtig – und

gute Partner sollten einander unterstützen. Drittens lebe Partnerschaft von einem Geist der Brüderlichkeit und von dem Vertrauen, dass man sich aufeinander verlassen könne. Unterstütze man sich auf diese drei Weisen, seien alle Partner zufrieden. Dies erlaube auch, vorschnelle Urteile zurückzustellen und sich wirklich in die Situation des Anderen hineinzusetzen.

2. Keynote Frédéric Vallier, Generalsekretär des Rates der Gemeinden und Regionen in Europa



Frédéric Vallier gab einen Überblick über Trends und den Status von kommunalen Partnerschaften zwischen Europa und Afrika. Er zitierte anfangs das Motto der EU, das auch für kommunale Partnerschaften mit afrikanischen Kommunen gelte: „In Vielfalt geeint.“ Europäische Kommunen und Regionen seien in sehr unterschiedlichen Partnerschaften aktiv – beispielsweise zwischen Nelson Mandela Bay in Südafrika und Göteborg, zwischen den Regionen Basse Normandie in Frankreich und Maradi im Niger, zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda.

Frédéric Vallier gliederte seinen Beitrag in drei Teile: einen historischen Überblick über kommunale Partnerschaften, eine Illustration der Diversität der Partnerschaften und drittens die Zukunft kommunaler Partnerschaften.

Um die Gegenwart zu verstehen, müsse man die Vergangenheit kennen, wie man sage. Kommunale Partnerschaften feierten 2013 ihr 100-jähriges Jubiläum, 1913 sei in Gent die „International Union of Local Authorities“ gegründet worden. Heute seien unter dem Dach des Rates der Gemeinden und Regionen in Europa (Council of European Municipalities and Regions, CEMR) über 50 kommunale und regionale Spitzenverbände aus 41 Ländern Europas zusammengeschlossen, unter diesen auch die deutschen Spitzenverbände. Wie schon 1913 seien Frieden, Versöhnung und Wohlstand durch lokale Demokratie die wichtigsten Motivationsfaktoren für diesen Zusammenschluss gewesen. Zu Beginn seien Städtepartnerschaften meist als Partnerschaften zwischen europäischen Städten entstanden. Erst in den letzten Jahrzehnten seien Partnerschaften mit afrikanischen Städten häufiger geworden. Mit dem Wandel internationaler Beziehungen nach 1990 habe auch die Zahl der Partnerschaften mit afrikanischen Städten zugenommen. Das Ende des Kalten Krieges und die zunehmende Globalisierung habe das Feld internationaler Beziehungen für lokale Akteure geöffnet. Dieser sich wandelnde Kontext habe auch zur steigenden Bedeutung von Dezentralisierung beigetragen: Konflikte spielten sich nicht mehr nur zwischen Staaten ab, sondern auch innerhalb von Staaten, wie Ruanda, Jugoslawien und Liberia gezeigt hätten. Die Stärkung von sub-nationalen Regierungen werde in diesem Zusammenhang als Mittel gesehen, um interne Konflikte an ihrer Wurzel zu packen.

Kommunale Partnerschaften mit Afrika seien vielfältig motiviert. Solidarität mit „Peers“ im Süden sei oft ein zugrunde liegendes Motiv für Partnerschaften europäischer und afrikanischer Kommunen. Für manche seien sie ein Weg, historische, linguistische oder kulturelle Verbindungen zu erhalten, für andere stünden wirtschaftliche Faktoren im Vordergrund.

Auf europäischer Ebene seien zwei Modelle von Partnerschaften entstanden. Das erste Modell sei besonders in den Ländern Südeuropas (vor allem in Spanien,

Italien, Frankreich) ausgeprägt, in denen die Städtepartnerschaften stark von der staatlichen Ebene reguliert und mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Das zweite Modell sei in den nördlichen Staaten (Norwegen, Schweden, Niederlande, Belgien) verbreitet. Hier spielen kommunale Spitzenverbände und Organisationen eine stärkere Rolle, so dass Aktivitäten im Rahmen kommunaler Partnerschaften oft unabhängiger und nicht immer im rechtlichen Rahmen einer vertraglich besiegelten Städtepartnerschaft erfolgen. Auf afrikanischer Seite spiele es eine wichtige Rolle, wie weit die Dezentralisierung fortgeschritten sei, und ob es überhaupt einen kommunalen Spitzenverband gebe. Aufgrund dieser Vielfalt gebe es keine allgemein akzeptierte Klassifizierung von kommunalen Partnerschaften.



In Zukunft sei es eine wichtige Aufgabe für kommunale Partnerschaften, gute Rahmenbedingungen für die Entwicklung in Kommunen zu schaffen. Frédéric Vallier stellte das PLATFORMA Projekt vor, das CEMR initiiert habe und das von der Europäischen Kommission finanziert werde (www.platforma-dev.eu). Das Projekt gebe kommunaler Entwicklungszusammenarbeit eine Stimme auf europäischer Ebene. Ein wichtiger Erfolg sei beispielsweise, dass die EU Kommission inzwischen anerkenne, dass Kommunen näher an den Bürgern seien als andere öffentliche Institutionen und daher Verantwortung für die Mobilisierung öffentlicher Meinung trügen und Katalysatoren des Wandels seien. Diese Anerkennung sei von großer Bedeutung für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Kommunen sollten die EU-Kommission

mit diesem Satz zitieren, um in Europa und Afrika für die Unterstützung ihrer Belange zu werben. Auf der internationalen Agenda fänden in den nächsten drei Jahren wichtige Weichenstellungen statt: Die sogenannte Post-2015-Agenda – die Ablösung der bis 2015 geltenden Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs), die Formulierung von Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) und die UN-Habitat III Konferenz. Jede dieser Initiativen gebe Kommunen die Gelegenheit zu zeigen, wie wichtig sie seien und wie sie das Leben ihrer Einwohner verbesserten.

Frédéric Vallier betonte, dass Kommunen eine entscheidende Rolle in der Bewältigung von europäischen, afrikanischen und globalen Herausforderungen spielen könnten. Daher sei es wichtig, dass Kommunen weiterhin in Vielfalt geeint seien – nur dann sei es möglich, den Planeten friedlicher und glücklicher zu hinterlassen.

3. Thementische

Anschließend wurden sechs Schwerpunktthemen kommunaler Partnerschaften in Kleingruppen an Thementischen erörtert. Jeder der Thementische hatte eine Referentin oder einen Referenten, die oder der zunächst einen kleinen Überblick über das Thema gab, dem eine Diskussion mit den Teilnehmenden folgte. Jeder der Thementische wurde dreimal wiederholt, sodass es den Teilnehmenden der Konferenz ermöglicht wurde sich zu drei der sechs Themen zu informieren.



3.1. Thementisch 1: Kommunale Partnerschaften für Einsteiger



Moderation: Angela Gewiese (Partnerschaftsverein Enzkreis-Masasi, Tansania) und Annette Turmann (SKEW)

Im Thementisch 1 ging es um die Frage, wie Kommunen von partnerschaftlicher Zusammenarbeit profitieren könnten, der Aufbau einer solchen Partnerschaft gelingen könne und welche Punkte dabei beachtet werden müssten. Auch die Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Engagement, zum Beispiel durch Partnerschaftsvereine, wurde thematisiert.

In der Diskussion wollten Teilnehmende wissen, wie man gewährleisten könne, dass das Geld da ankomme, wo es ankommen sollte, und wie kommunale Partnerschaften nachhaltig gestaltet werden könnten? Angela Gewiese riet den Teilnehmenden aus ihrer Erfahrung mit Masasi District, Tansania, zur Formulierung und Unterzeichnung eines einfachen „Memorandum of Understanding“ als Ausgangspunkt. Gegenseitige Besuche seien von nicht zu unterschätzender Bedeutung für ein vertrauensvolles Verhältnis und für die Initiierung erster Projekte. Weitere Gesprächspunkte waren Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung und wie man beispielsweise mit den Auswirkungen von Neuwahlen in der Partnerkommune verfahren, da damit in vielen Fällen der Verlust von wichtigen Akteuren und Schlüsselkontakten verbunden sei.

3.2. Thementisch 2: Finanzielle Unterstützung für Partnerschaftsprojekte



Moderation: Dr. Britta Milimo (SKEW) und Angela König (bengo)

Kommunen und private Kooperationspartner haben die Möglichkeit, gezielt finanzielle Unterstützung zu beantragen. Im Thementisch 2 wurde erklärt, welche Projekte unterstützt werden und wie ein Förderantrag bei dem Programm bengo und bei dem SKEW-Projekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) gestellt werden kann.

Die Fragen der Teilnehmenden bezogen sich auf Unterschiede im Eigenbetrag, für wen welches Programm am besten geeignet sei, wer unter welchen Voraussetzungen eine Anteilsfinanzierung beantragen könne und welche Projekte gefördert würden. Auch die Laufzeit der Projekte war für Teilnehmende wichtig.

Dr. Britta Milimo erklärte, dass das Nakopa Antragsverfahren zweistufig sei, mit einer dem Antrag vorausgehenden Interessensbekundung. Die Laufzeit von Nakopa betrage ein bis zwei Jahre.

Eigenbeiträge seien diejenigen Beträge, die der jeweilige Träger aufbringe, im Gegensatz zu Zuschüssen des Bundes.

bengo sei für private Träger und Nakopa für kommunale Träger gedacht.

bengo berate alle gemeinnützigen Vereine, Organisationen und Stiftungen, die ein Projekt in einem Entwicklungsland planen und dafür auf der Suche nach Förderung seien. Bei der Beratung werde unterschieden nach Fördermitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Fördermitteln der Europäischen Kommission bzw. EuropeAid.



Der Unterschied liege vor allem darin, wer antragsberechtigt ist und in der Höhe des Eigenbetrages. Dieser sei bei Nakopa maximal 10 Prozent, bei bengo 25 Prozent.

3.3. Thematisch 3: Instrumente der Personalentsendung für kommunale Partnerschaftsprojekte



Moderation: Doris Deiglmayr (ASA-Programm), Benjamin Klaus (Integrierte Fachkraft von CIM / SKEW in Tansania) und Ulrich Held (SKEW)

ASA-Kommunal bietet jungen Menschen (Studierende und Berufstätige mit abgeschlossener Berufsausbildung im Alter von 21-30 Jahren) die Möglichkeit, sich im Rahmen des Lern- und Qualifizierungsprogramms ASA in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren. Das Programm Thematisch flexible Maßnahmen mit Integrierten Fachkräften (TFM), das das Centrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM) gemeinsam mit der SKEW durchführt, vermittelt erfahrene Fachkräfte in kommunale Partnerschaftsprojekte. Beide Personalinstrumente bieten somit die Möglichkeit inhaltlicher und personeller Unterstützung für die auswärtige kommunale Partnerschaftsarbeit und tragen so dazu bei, die oft knappen personellen Ressourcen der Kommunen für die Partnerschaftsarbeit zu erhöhen. Die durch ASA-Kommunal und TFM unterstützten kommunalen Vorhaben bewegen sich in dem breiten Spektrum kommunaler Aufgaben zur öffentlichen Daseinsvorsorge und zur guten lokalen Regierungsführung und zielen darauf, eine nachhaltige Kommunalentwicklung zu fördern.

„Kommunen haben ganz konkrete Anliegen und für das suchen sie den richtigen Personaleinsatz. Es war schön zu sehen, dass unser Angebot einige dieser Bedarfe ganz gut abdecken kann.“

Doris Deiglmayr

Die Teilnehmenden wollten unter anderem wissen, wie man zu einer solchen Unterstützung komme, für welche Zeiträume Entsendungen möglich seien, und ob über die Programme ein Austausch finanziert werden könne.

Ulrich Held und Doris Deiglmayr erklärten, dass sowohl das TFM Programm von CIM als auch ASA-Kommunal zunächst auf der SKEW Internetseite, über den „Eine Welt Newsletter“ und andere Kanäle jährlich ausgeschrieben würden. Auf diese Ausschreibungen könnten Kommunen mit einer Interessensbekundung antworten, die von Nord- und Südpartner gemeinsam auszufüllen sei. Anschließend sei eine Beratung durch die SKEW und die Kooperationspartner von ASA und CIM vorgesehen. Der dritte Schritt sei schließlich, einen verbindlichen CIM-Antrag durch die Südkommune bzw. einen ASA-Projektvorschlag durch die Nordkommune zu stellen. Werden diese genehmigt, folgt die Personalauswahl, an der die Kommunen beteiligt werden.



ASA und TFM bieten zeitlich und inhaltlich ganz unterschiedliche Arten der Unterstützung. Die über CIM entsendeten Fachkräfte können zwei bis fünf Jahre in der Kommunalverwaltung (als Arbeitgeber)

des Südpartners komplexe Partnerschaftsprojekte beraten und betreuen sowie Aktivitäten zum Auf- bzw. Ausbau einer tragfähigen und vielfältigen Kommunalpartnerschaft entwickeln. Die ASA-Teilnehmenden führen üblicherweise dreimonatige Praktika durch, in denen sie begrenzte, qualifizierte Aufgaben im Rahmen eines Partnerschaftsprojektes umsetzen, zum Beispiel Recherche- und Analyseaufträge, konzeptionelle, planerische oder organisatorische Vorbereitung für eine Maßnahme, Unterstützung laufender Vorhaben oder Ähnliches. Je nach Anforderung der partnerschaftlichen Projekte können sich die Kommunen hier das passende Instrument der Personalentsendung auswählen.

Die Programmvariante „Süd-Nord“ beinhaltet zusätzlich eine dreimonatige Projektphase in Deutschland und ermögliche so den Austausch in beide Richtungen und die gemeinsame Projektarbeit von Teilnehmenden aus beiden Partnerkommunen.



Informationen zu ASA-Kommunal: www.service-eine-welt.de/home/partnerschaften-asa-kommunal.html

3.4. Thementisch 4: Einbindung von Migrantinnen und Migranten in kommunalen Partnerschaften am Beispiel München – Harare



Moderation: Shepherd Mushayavanhu (Projektberater für die Städtepartnerschaft München – Harare), Renate Hechenberger (Leiterin der Stelle für Internationale Angelegenheiten der Stadt München), Dorea Pfafferott (SKEW)

Zu Beginn stellten Shepherd Mushayavanhu und Renate Hechenberger ein Projekt vor, das im Rahmen der Städtepartnerschaft München-Harare entstanden sei. Dort werde zur Umsetzung eines IT-Projektes der Stadtverwaltung ein IT-Spezialist – Shepherd Mushayavanhu – als Consultant beschäftigt. Mushayavanhu erzählte, dass er selbst aus Simbabwe stamme, seit dem Studium in Deutschland lebe und arbeite. Renate Hechenberger und Shepherd Mushayavanhu beschrieben die positiven Effekte dieser Konstellation: Die Vermittlung des Experten vereinfache die Kommunikation zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltungen. Mushayavanhu kenne die kulturellen und gesellschaftlichen Kontexte und Hintergründe, spreche alle relevanten Sprachen und könne somit sowohl sprachlich als auch kulturell übersetzen und mögliche Missverständnisse direkt klären. Er könne sich ferner in die Erwartungen und verschiedenen Erfahrungshintergründe hineinversetzen und diese vermitteln. An Beispielen zeigte er, wie sich zwischen den Projektteilnehmenden sehr

schnell gegenseitiges Vertrauen aufgebaut habe und die Kommunikation untereinander direkter und im besten Sinne weniger distanziert erfolgt sei.

„Es freut mich, dass unser Projekt als Modell für die Integration von Migranten in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit gesehen wird, und dass so etwas künftig vielleicht stärker unterstützt werden kann. Unsere Erfahrungen sprechen jedenfalls sehr dafür.“

Renate Hechenberger

Die Teilnehmenden hatten viele Fragen und Anmerkungen zur Rolle von Migrantinnen und Migranten in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, und so wurde angeregt über einige Punkte gesprochen:

Es wurde diskutiert, dass nicht immer Migrantinnen oder Migranten aus dem konkreten Partnerland der Städtepartnerschaft in der Kommune lebten. Hier kam die Gruppe zu dem Schluss, dass dies in der Praxis nicht entscheidend sei, und dass zum Beispiel in München oder Bremen Migrantinnen und Migranten aus unterschiedlichen Herkunftsländern in die jeweiligen Städtepartnerschaften eingebunden seien.



Sehr positiv wurde die Rolle des Experten in der vorgestellten Städtepartnerschaft gesehen. Er sei nicht hauptsächlich wegen seiner Herkunft ausgewählt worden, sondern wegen seines fachlichen Hintergrundes. Dass er kulturell vermitteln könne, sei gewissermaßen ein positiver Nebeneffekt. So könnten

Migrantinnen und Migranten sich ganz anders einbringen und würden anders wahrgenommen, als wenn sie „nur“ für das Begleitprogramm und den interkulturellen Flair beteiligt würden.

Zugleich sei es auch sehr wertvoll, wenn Migrantinnen und Migranten als Botschafterinnen und Botschafter für die Städtepartnerschaften mitarbeiteten, da sie aus eigener Erfahrung von ihren Herkunftsländern erzählen könnten und so die Partnerschaft auf gesellschaftlicher Ebene lebendig gestalten könnten.



Als Herausforderung wurde die Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Partnerschaftsvereinen und Migrantenorganisationen gesehen. Wie können Migrantenorganisationen für die Mitarbeit in Städtepartnerschaften mobilisiert werden? Und wie können dabei Missverständnisse auf beiden Seiten vermieden werden? Partnerschaftsvereine hätten einerseits manchmal den Eindruck, dass Migrantenorganisationen kein Interesse hätten, sich in die Partnerschaften einzubringen – und Migrantenorganisationen wollten andererseits ernst genommen werden und nicht nur dazu eingeladen werden, die Partnerschaft „bunter“ zu machen und das Kulturprogramm aufzuwerten. Vielmehr wollten sie strukturell eingebunden werden. Hier wurde angeregt, zielgruppenspezifischer auf Migrantenorganisationen zuzugehen und ihnen in ihrer thematischen Arbeit zu begegnen.

Die Teilnehmenden kamen zu dem Schluss, dass es wünschenswert wäre, eine Datenbank zu etablieren,

in der Migrantinnen und Migranten mit bestimmtem Fachwissen und ihrem Herkunftsland genannt würden, die man als Experten für Partnerschaftsprojekte zur Beratung konsultieren könne. Hierzu können zum Beispiel auch Migrantinnen und Migranten angesprochen werden, die in Deutschland studiert hätten, in Deutschland lebten und arbeiteten und ihr Fachwissen in ihren Herkunftsländern mit einbringen wollten. Wie das Fallbeispiel zeige, sei diese Fachberatung sehr wertvoll. Solche Beratungsleistungen sollten daher auch in die Finanzplanung von kommunalen Partnerschaften einbezogen werden.

3.5. Thementisch 5: Einbindung von Jugendlichen am Beispiel von Schulpartnerschaften und dem Entwicklungspolitischen Schulaustauschprogramm (ENSA)



Moderation: Dr. Elke Plies-Balzer (PROBONO Schulpartnerschaften für Eine Welt e. V.) und Hannah Kalhorn (ENSA)

Die Teilnehmenden wurden hier zu Austauschprojekten und Partnerschaften zwischen Schulen informiert. Das Themenspektrum reichte dabei vom Aufbau der Partnerschaften über die Chancen und Risiken der Umsetzung bis zur Evaluation der Projekte, so dass sowohl Einsteigerinnen und Einsteiger als auch erfahrene Akteure Informationen erhielten.

In der Entstehung einer Schulpartnerschaft sei es zentral, dass beide Seiten Interesse an der Partnerschaft hätten und sich aktiv einbringen. Ferner sei es wichtig, gute Kommunikationswege zu etablieren. Dabei könne auch ein kreativer Austausch hilfreich sein, Erfahrungen hätten gezeigt, dass sich dies auch per E-Mail gut realisieren ließe.

„Der eigentliche Austausch liegt in der Hand der beteiligten Schulen. Wir können durch pädagogische Begleitung Fragen stellen und sensible Themen ins Bewusstsein der Akteure bringen, in der Hoffnung, dass diese als Multiplikatoren wirken.“

Elke Plies-Balzer

Migrantinnen und Migranten könnten gut in Partnerschaften eingebunden werden und sollten als Ressource wahrgenommen werden. Generell sei es hilfreich, eine Schulpartnerschaft als gemeinsamen Lernraum zu begreifen und entsprechend zu gestalten. Schulen sollten sich immer fragen, was sie zum Gelingen einer guten Partnerschaft beitragen können. Antragsberechtigt für das ENSA Programm seien Vertreterinnen und Vertreter weiterführender Schulen, Eltern-/Fördervereine sowie Nichtregierungsorganisationen, die mit antragsberechtigten Schulen kooperierten. Teilnehmende müssten einen Eigenanteil von 30 Prozent der Gesamtkosten selber tragen.

3.6. Thementisch 6: Fairer Handel in kommunalen Partnerschaften am Beispiel Hannover



Moderation: Silvia Hesse, Freundeskreis Malawi, Städtepartnerschaft Hannover-Blantyre e. V.

Silvia Hesse berichtete, dass es im Bereich des Fairen Handels bereits viele gelungene Projektbeispiele gebe, die im Zuge kommunaler Partnerschaften entstanden seien. Die Partnerkommunen könnten durch ihre Entscheidung für fair gehandelte Produkte eine Vorbildfunktion einnehmen und somit die Idee des Fairen Handels voranbringen.

„Am Beispiel des Fairen Handels konnten wir nachweisen, dass wir bei uns vor Ort etwas tun können und somit zu den Millenniumsentwicklungszielen, zu der Verbesserung der Lebensbedingungen in anderen Ländern beitragen können.“

Silvia Hesse

In der Diskussion erläuterte Silvia Hesse, wie faires, nachhaltiges und verantwortungsbewusstes Handeln in der Praxis von Städtepartnerschaften gestaltet werden könne. Die Stadt Hannover stehe hier modellhaft für den Aufbau von Städtenetzwerken mit einer Nord-Süd-Süd Komponente. Im Rahmen eines EU-Projekts erzeuge die Stadt Hannover eine fair gehandelte Stadtschokolade mit Kakaobohnen aus der Partnerschaft mit Belén de los Andaquíes, Kolumbien, und Macadamia-Nüssen aus der Partnerschaft

mit Blantyre in Malawi. Silvia Hesse erläuterte wie die Finanzierung des Projektes durch die Europäische Union ermöglicht worden sei. Die Voraussetzungen hierfür seien in jedem „call“ etwas unterschiedlich. Gute Beratung hierzu sei durch bengo erhältlich.



Freitag, 25. Oktober 2013

4. Keynotes

4.1. **Keynote Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn, Unterabteilungsleiterin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**



Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn sprach zur Bedeutung kommunaler Partnerschaften und betonte, dass der Bund auf die Kommunen angewiesen sei, um das Potenzial der Entwicklungszusammenarbeit voll auszuschöpfen.

Im Augenblick lebten etwa 7,1 Milliarden Menschen auf der Erde, 2050 würden es rund 9 Milliarden sein. Dabei werde der größte Teil des Wachstums in Entwicklungsländern stattfinden und 2050 würden voraussichtlich zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben. Eine Möglichkeit, hierauf zu reagieren, sei der Aufbau von effizienten und transparenten dezentralen öffentlichen Strukturen. Die Kompetenz lokaler Gebietskörperschaften sei daher mehr denn je gefragt.

Der Klimawandel stelle eine weitere zentrale Herausforderung der kommenden Jahrzehnte dar. Städte hätten einen hohen Energieverbrauch und auch die kommunale Daseinsvorsorge sei eng mit der Nutzung

und dem Verbrauch von Ressourcen verknüpft. Gleichzeitig seien kommunale Aufgabenfelder wie Flächenmanagement, Bebauungsplanung und Abfallmanagement äußerst relevant für den Klimaschutz. In Städten gebe es ein großes Potenzial für Klimaschutz und für Effizienzsteigerung. Auch Klimaanpassung sei ein wichtiges kommunales Thema – insbesondere für Küstenstädte, die sich durch einen Anstieg des Meeresspiegels bedroht sähen. Kommunen seien hier an praktischen Lösungsansätzen interessiert. Städtetzwerke und Städtepartnerschaften böten ideale Foren, um solche praktischen Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Aktivitäten umzusetzen.

Durch ihre Bürgernähe habe die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zudem ein großes Potenzial für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit, sowohl für entwicklungspolitische Bildungsarbeit als auch für die Vernetzung der Akteure vor Ort. Dabei sei die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft sehr wichtig, wie beim ersten Deutschen Entwicklungstag deutlich geworden sei.

Die Unterstützung von Dezentralisierungsprozessen sei zu einem Markenzeichen der Entwicklungspolitik des föderalen Deutschlands geworden. Dezentralisierung und die Einführung lokaler Selbstverwaltung sei in vielen Kooperationsländern zu einem wichtigen Bestandteil politischer Reformprozesse geworden. Die Erfahrungen deutscher Kommunen im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung ermöglichten es diesen, wertvolles Praxiswissen an die Partner zu vermitteln und dadurch Prozesse der Dezentralisierung, Rechtsstaatlichkeit und transparenten Haushaltsführung zu unterstützen.

All diese Gründe sprächen dafür, Kommunen als eigenständige Akteure der Entwicklungszusammenarbeit stärker zu unterstützen und in die Entwicklungszusammenarbeit einzubinden. In Deutschland gebe es rund

12.000 Kommunen, etwa 500 davon seien entwicklungspolitisch aktiv. Hier liege also zusätzliches Potenzial für Engagement. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wolle dazu beitragen, dieses Potenzial zu entfalten. Hierfür habe das BMZ im laufenden Jahr einen eigenen Haushaltstitel geschaffen. Dieser bilde den Kern der Unterstützung kommunaler Entwicklungspolitik, der über die SKEW umgesetzt wird.

Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn stellte zum Schluss ihrer Rede zwei Finanzierungsinstrumente der SKEW vor. Einerseits das Projekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa), für das die SKEW viele Projektanträge erhalten und bereits 14 Projekte bewilligt habe und andererseits das Förderprogramm für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte (FKKP), das durch Sondermittel des Bundes aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) finanziert wird.

4.2. Keynote Jean-Pierre Elong Mbassi, Generalsekretär der United Cities and Local Governments of Africa (UCLG-A)



In seinem Vortrag befasste sich Jean-Pierre Elong Mbassi mit den Voraussetzungen zur Steigerung der Wirksamkeit von kommunalen Partnerschaften mit Afrika. Er begann mit einem Problemaufriss: Urbanisierung geschehe nicht nur in Metropolen oder „Mega-Städten“, sie geschehe vor allem in „kleinen“ Städten

von weniger als 500.000 Einwohnern. 2010 hätten 50 Prozent der urbanen Bevölkerung in Städten mit weniger als 500.000 Einwohnern gelebt, und diese Städte wiesen die höchsten Wachstumsraten auf. Afrika sei zunehmend urban – und dennoch hätten die afrikanischen Staaten wenig Neigung, die Herausforderungen durch die zunehmende Urbanisierung ernsthaft anzugehen.

So verlaufe die Implementierung von Dezentralisierungsmaßnahmen nur schleppend. Diese sei aber für Stabilität von großer Bedeutung. Denn, so Mbassi, Dezentralisierung bedeute eine Stärkung der Legitimität eines Staates und nicht seine Schwächung.

„Afrika braucht dringend eine Vision und einen Plan, um ein förderliches politisches Klima und angemessene Systeme für Wissensmanagement aufzubauen, die Handlungen für urbane Transformation auf allen Ebenen befördern und aufrecht erhalten können – lokal, regional, national und kontinental.“

Jean-Pierre Elong Mbassi

Wenn man diese Städte betrachte, so sei die Bedeutung des informellen Sektors für die urbane Wirtschaft sofort augenscheinlich. Dieser mache meist den wichtigsten Teil der ökonomischen Aktivitäten der Städte aus, jedenfalls in Bezug auf Beschäftigung. Dennoch bekämpften praktisch überall strenge Regulierungen den informellen Sektor. Mbassi rief dazu auf, in dieser Sache „eine andere Brille“ aufzusetzen und sich der Realität nicht zu verweigern.

Auf der internationalen Agenda seien zwar die Deklaration von Paris und die Accra Agenda for Action ein Fortschritt, denn sie ermächtigten afrikanische Regierungen Eigenverantwortung zu übernehmen, allerdings müssten auch Regionen und lokale Gebietskörperschaften ermächtigt werden. Nationalregierungen kontrollierten die Budgets, und die Regionen profitierten oftmals nicht. Dies sei umso mehr der

Fall, wenn in Regionen andere politische Parteien die Vormacht hätten als auf nationaler Ebene.

Mit Blick auf die Handelspolitik der Europäischen Union sagte Mbassi, dass die europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPA) in Afrika nicht willkommen seien. Wenn man Märkte im Anfangsstadium nicht schütze, könnten sie nicht wachsen.

In Städten würden die Kosten des dysfunktionalen Systems überwiegend von der armen Bevölkerung in den Slums getragen. Hier werde Unterstützung aus Deutschland dringend benötigt.

Partner in Europa hätten oft eine romantisierte Vorstellung von der Zivilgesellschaft in afrikanischen Ländern. In Afrika sei die Unterscheidung zwischen Politik und Zivilgesellschaft oftmals nicht so klar wie in Europa. Arbeit in der Zivilgesellschaft werde oft als Möglichkeit gesehen in die Politik einzusteigen. Internationale Nichtregierungsorganisationen würden oft skeptisch betrachtet und verdächtigt ein Herrschaftsinstrument von ausländischen Staaten zu sein. Zudem sei die Zivilgesellschaft in afrikanischen Ländern meist fragmentiert. Afrikanische Staaten müssten ihr Steueraufkommen erhöhen, anders als in Deutschland, wo man Steuern senken könne.



Wie komme man nun weiter? Das derzeitige Wachstum in Afrika werde kaum zur Lösung der Probleme beitragen. Ein Großteil dieses Wachstums finde in

Ländern statt, die eine sehr geringe Diversifizierung ihrer Wirtschaftsstruktur aufwiesen (zum Beispiel Ölexporteure) oder deren Bruttoinlandsprodukt auf sehr niedrigem Niveau sei. Schon heute sei ein Großteil der Bevölkerung unter 17 Jahre alt, die meisten hätten Arbeit im informellen Sektor. Im Dienstleistungssektor entstünden die meisten Arbeitsplätze, aber wenn man sich dessen Wachstum vor Augen führe, dann werde deutlich, dass dieser nicht in der Lage sein werde, diesen Menschen Arbeit zu geben. Generell wisse man zu wenig über den informellen Sektor. Soziale Systeme seien auf den formellen Sektor zugeschnitten. Hier lägen wichtige Fragen und Herausforderungen.

Zusammenfassend sagte Mbassi, dass schnelle Urbanisierung zwar wirtschaftliches Wachstum und Diversifizierung beschleunige, Produktivität verbessere, Arbeitsplätze schaffe und den Lebensstandard erhöhe – im Kontext großer Einkommensungleichheit, eines großen informellen Sektors und dysfunktionaler politischer Ökonomien sei es aber wahrscheinlich, dass diese Gewinne nur einer kleinen Gruppe von Personen zugute kämen.

Abschließend stellte er einige Fragen, die beantwortet werden müssten, um die extremen Disparitäten jetziger Urbanisierung zu vermeiden, bei der eine kleine Elite in Enklaven und die große Mehrheit der Einwohner in vernachlässigten Slums lebe:

- Wie soll der Bedarf an öffentlichen Versorgungssystemen gedeckt werden, wenn man die derzeitigen Investitionsrückstände und das zukünftige Wachstum urbaner Bevölkerungen in Betracht zieht – insbesondere, wenn diese keine stabilen Einkommen haben?
- Wie kann die Verfügbarkeit von Versorgungssystemen ohne funktionale Lokalregierungen sichergestellt werden?
- Wie kann die Allokation von Ressourcen verbessert werden, wenn politische Parteien weiterhin für die persönliche Bereicherung von Funktionsträgern missbraucht werden?

- Wie können Zukunftstechnologien in der Infrastrukturplanung berücksichtigt werden? Es ist adaptive Forschung nötig, die die Realitäten afrikanischer Städte in Betracht zieht. Universitätspartnerschaften sind hierfür hilfreich.
- Wie können Systeme des Wissensmanagements aufgebaut, erhalten und demokratisiert werden?
- Wie können auf lokaler Ebene Innovationen unterstützt werden?

Für all diese Fragen sei tiefgreifende Reform der Institutionen entscheidend. Diese müsse substantielle Dezentralisierung realisieren und langfristiges Denken und Planen ermöglichen.

5. Arbeitsgruppen

In sechs Arbeitsgruppen konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz zu unterschiedlichen Fachthemen der kommunalen Entwicklungspolitik informieren, die jeweils von einer Moderatorin bzw. einem Moderator und einer Referentin bzw. einem Referenten geleitet wurden. Folgende Themen wurden angeboten:

- Dreiecks- und Ringpartnerschaften,
- Lokale Infrastrukturprojekte im Bereich Wasser,
- Ansätze in Schul- und Bildungsprojekten in Afrika,
- Kommunale Partnerschaftsprojekte im Bereich Bürgerbeteiligung,
- Kommunale Partnerschaften in Krisen- und Konfliktsituationen und
- Wirkungsorientierung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

Angeregt diskutierten die Teilnehmenden in den Arbeitsgruppen und erarbeiteten mögliche Vorgehensweisen und Ideen für ihre Projekte, Vereine und kommunalen Partnerschaften.

5.1. Arbeitsgruppe 1: Dreiecks- und Ringpartnerschaften



Moderation: Rosa Abel (Stadt Herzogenaurach im Bereich Städtepartnerschaften), Astrid Frey (Cités Unies France), Doris Wüstner, Petra Mauser (Stadträtinnen und Vertreterinnen des Partnerschaftsvereins Herzogenaurach-Kaya) und Jessica Baier (SKEW)



Rosa Abel und Astrid Frey erläuterten das Konzept von Dreieckspartnerschaften. Es handele sich dabei in der Regel um die Erweiterung einer bestehenden innereuropäischen Städtepartnerschaft um eine Partnerkommune aus einem Entwicklungs- bzw. Schwellenland. In der Diskussion wurden Vorteile und die Erfolgsfaktoren kommunaler Dreieckspartnerschaften erarbeitet. Zentrale Faktoren für das Gelingen der Verknüpfung unterschiedlicher Städtepartnerschaften seien eine sinnvolle Arbeitsteilung und Achtsamkeit für klare Kommunikationsstrukturen. Dreieckspartnerschaften

könnten für alle beteiligten Kommunen ein Gewinn sein, wenn diese gut organisiert seien.

5.2. Arbeitsgruppe 2: Lokale Infrastrukturprojekte im Bereich Wasser



Moderation: Katharina Petersen (UNDP) und Dr. Britta Milimo (SKEW)

In dieser Arbeitsgruppe wurde der Frage nachgegangen, wie Wasser-Infrastrukturprojekte auf kommunaler Ebene aussähen und umgesetzt werden können. In drei Kleingruppen erarbeiteten die Teilnehmenden konkrete Lösungsmöglichkeiten für die identifizierten Herausforderungen. Mit Blick auf Westafrika erörterte eine Kleingruppe die Erhebung von Nutzungsgebühren für Wasser. Genossenschaftsbanken oder Ökobanken könnten als Sammelstelle für diese Nutzungsgebühren fungieren. Die zweite Kleingruppe befasste sich mit Tansania und mit Filtersystemen zur Reinigung von verschmutztem Wasser. Es wurde ein System diskutiert, das mit Bambuspflanzen funktioniere und keinen Strom benötige. Die dritte Kleingruppe befasste sich mit Ost- und Südafrika, dem Problem stark wechselnder Wasserverfügbarkeit, den Möglichkeiten der Wasserspeicherung einerseits und wie man andererseits mit Überschwemmungen umgehen könne. Hier tauschten sich Teilnehmende der Städte Hürth und Oldenburg über ihre Erfahrungen aus und erörterten die Möglichkeit einer

Zusammenarbeit mit regionalen Wasserverbänden, bei denen wichtiges Fachwissen vorhanden sei.

Abschließend benannte die Arbeitsgruppe drei zentrale Probleme im Bereich Wasserversorgung:

Erstens der Zugang zu Wasser – die Komplexität der Gesetzeslage sei oft eine große Herausforderung in der Projektplanung und Implementierung. Zweitens spiele die Eigenbeteiligung der afrikanischen Partner eine wichtige Rolle – gute Kooperation stelle sicher, dass sich die Partner auch in Zukunft mit der Anlage identifizierten und diese in Stand hielten. Drittens die Nachhaltigkeit der Projekte, die stark mit dem zweiten Punkt zusammenhinge.

5.3. Arbeitsgruppe 3: Ansätze in Schul- und Bildungsprojekten in Afrika



Moderation: Dr. Elke Plies-Balzer (PROBONO) und Hannah Kalhorn (ENSA)

Zunächst stellte Elke Plies-Balzer die Arbeit des Vereins „PROBONO Schulpartnerschaften für Eine Welt“ vor. PROBONO unterstütze Partnerschaften zwischen deutschen Schulen und Schulen in Afrika. Anschließend wurde die Arbeit des Entwicklungspolitischen Schulaustauschprogramms (ENSA) als Möglichkeit der Förderung von Schulaustausch vorgestellt und es wurden Erfahrungen der Teilnehmenden im Bereich der Bildungsarbeit zusammengetragen.

Die Gruppe erarbeitete anschließend Kriterien für die erfolgreiche Gestaltung von Schul- und Bildungsprojekten. Hierbei wurden zwei Schwerpunkte gesetzt: 1. Infrastruktur für Bildung und 2. Bildung für nachhaltige Entwicklung/Globales Lernen.



Ein Diskussionspunkt war die Möglichkeit von Austauschprojekten zur Arbeit mit Grundschulen. Hier kamen die Teilnehmenden zu dem Schluss, dass aufgrund der Sprachbarrieren kein Schüleraustausch möglich sei, dass aber Lehrer miteinander im Austausch sein könnten. Überhaupt war sich die Arbeitsgruppe einig, dass die Zusammenarbeit von Lehrern von großer Bedeutung sei. Diese sei Grundlage für eine erfolgreiche Partnerschaft.

In der Arbeitsgruppe wurde ein Fall vorgestellt, bei dem eine Partnerschaft durch die Schülermitverwaltung initiiert worden sei, bei der die Lehrer erst später motiviert wurden. Es sei generell nicht leicht, Schulen in Deutschland zu Partnerschaften mit Afrika zu motivieren. Partnerschaften im europäischen Kontext seien hingegen üblich. Eine konkrete Anregung der Arbeitsgruppe bezog sich auf die Möglichkeit, zum Beispiel Reisekosten für Lehrer unkompliziert zu ermöglichen, um die Anbahnung und Pflege von Partnerschaften zu erleichtern. Ein weiteres Projekt, das vorgestellt wurde, war eine Bildungsinitiative zum Lebenslauf der Kaffeebohne, zu der Schüler und Lehrer in Deutschland und Afrika ihre Perspektive beigetragen hätten und die somit auf besondere Weise das Prinzip der Augenhöhe verkörpert habe.

5.4. Arbeitsgruppe 4: Kommunale Partnerschaftsprojekte im Bereich Bürgerbeteiligung



Moderation: Ulla Theisling (Moderatorin, Beraterin und Trainerin mit Schwerpunkt Bürgerbeteiligung)

Die Teilnehmenden tauschten sich über ihre Erfahrungen aus und untersuchten Kriterien für das Gelingen von Partnerschaftsprojekten im Bereich Bürgerbeteiligung. Ulla Theisling stellte hierzu eine Studie der SKEW vor, die untersuche, inwieweit das Thema Bürgerbeteiligung in Deutschland für Länder des Südens interessant sei. In der Diskussion stellten die Teilnehmenden fest, dass das Thema Bürgerbeteiligung vergleichsweise neu sei und dass sie somit unterschiedliche Zugänge und unterschiedlich viel Erfahrung mit dem Thema hätten.

In Deutschland seien Informationen zu Bürgerbeteiligung relativ gut verfügbar. Im Gegensatz dazu sei wenig Material zu Bürgerbeteiligung im Kontext kommunaler Partnerschaften vorhanden. Daher seien bessere Informationen über Beteiligungsprozesse in Partnerländern wichtig. Neue Informationstechnologie könne hier in manchen Regionen interessante Möglichkeiten eröffnen. Eine Anregung der Gruppe an die SKEW war ein gegenseitiges Besuchsprogramm, durch welches Bürgerbeteiligungsprozesse auf einfache Art und Weise konkret erfahrbar werden könnten. Eine weitere Möglichkeit wäre, Bürgerbeteiligungsprozesse, die in den Partnerkommunen parallel stattfänden, parallel

wechselseitig zu begleiten und auf diese Weise „peer-to-peer learning“ durch wechselseitige Entwicklungsberatung zu verwirklichen und die Perspektive der jeweils anderen Kommune in Wert zu setzen.

5.5. Arbeitsgruppe 5: Kommunale Partnerschaften in Krisen- und Konfliktsituationen



Moderation: Dirk Betke (GIZ) und Kevin Borchers (SKEW)

Diese Arbeitsgruppe untersuchte, wie die Rolle von Kommunen als Stabilisierungsfaktor in Krisen und Konfliktsituationen zu bewerten sei und welchen Beitrag kommunale partnerschaftliche Zusammenarbeit zur nachhaltigen Lösung von Konflikten und Krisen beitragen könnten. Dazu beschrieb Dirk Betke seine Erfahrungen aus einem Dezentralisierungsprogramm der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Mali. Entsprechend konzentrierte sich die Arbeitsgruppe auf Dezentralisierung als Mechanismus zur Stärkung kommunaler Strukturen. Kommunale Strukturen könnten als „Notgerüst“ im Fall einer Krise oder eines Konfliktes fungieren und kommunale Vertreter könnten wichtige Funktionen gegenüber der Öffentlichkeit übernehmen. Wenn eine Zusammenarbeit auf der Ebene der Zentralregierung aus politischen Gründen nicht möglich sei, wie im Fall der Militärregierung in Mali, so könne die kommunale Zusammenarbeit fortwirken. Diese Unterstützung könne für die Kommunen in den Partnerländern in

Krisenfällen wichtig sein. Und wenn eine Zusammenarbeit auf Ebene der Kommunen aus irgendwelchen Gründen nicht weiter möglich sei, so könnten Partnerschaftsvereine zumindest ihre Arbeit fortsetzen. Daher sei die Schaffung von Partnerschaften mit Kommunen in Ländern wie beispielsweise Mali weiterhin wünschenswert, auch auf Landesebene, wie bei den Beispielen Baden-Württemberg – Burundi, Rheinland-Pfalz – Ruanda und Nordrhein-Westfalen – Ghana.

5.6. Arbeitsgruppe 6: Wirkungsorientierung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit



Moderation: Jana Rosenboom (VENRO) und Annette Turmann (SKEW)

Die Teilnehmenden beschäftigten sich mit der Frage, wie sich Auswirkungen und Ergebnisse kommunaler Entwicklungszusammenarbeit objektiv messen bzw. bewerten ließen. Hierzu bedürfe es einer konsequenten Wirkungsorientierung seitens der Akteure sowie effektiver Evaluierungsmethoden, die in der Arbeitsgruppe erarbeitet und diskutiert wurden.

Zunächst klärte die Arbeitsgruppe einige zentrale Begriffe des Wirkungsmonitorings, um den Teilnehmenden einen Einstieg in die Thematik zu geben. Anschließend diskutierten die Teilnehmenden anhand von konkreten Projektbeispielen. Mit Hinblick auf das Monitoring stellten die Teilnehmenden die Nutzung

bereits vorhandener Systeme in den Vordergrund, um Partner vor Ort nicht zu überlasten. Für die Formulierung von Indikatoren wurde den Teilnehmenden die „SMART“ Regel vorgestellt, nach denen Indikatoren „specific“ (konkret), „measurable“ (messbar), „achievable“ (erreichbar), „realistic“ (realistisch) und „time-bound“ (mit Zeitbezug d. h. bis wann werden Veränderungen erwartet) sein sollten. Es gebe noch viel Bedarf, sich in diesem Bereich weiter fortzubilden. Eine Anregung an die SKEW sei daher zu prüfen, inwieweit man hier unterstützend tätig werden könne.

6. Podiumsdiskussion „Zur Rolle politischer Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in kommunalen Partnerschaften“

Welche Rolle spielen politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in kommunalen Partnerschaften? In einer Podiumsdiskussion tauschten sich Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn (Unterabteilungsleiterin, BMZ), Hans-Christoph Boppel (ehemaliger Leiter des Referats Entwicklungspolitische Inlandsarbeit/Auslandsarbeit in der Staatskanzlei NRW), Hannelore Klabunde (Bürgermeisterin der Stadt Bad Belzig), Frédéric Vallier (Generalsekretär des Rates der Gemeinden und Regionen in Europa (RGRE)) und Habraham Shamumoyo (Generalsekretär der Association of Local Authorities of Tanzania (ALAT)) über ihre Erfahrungen und Fragen aus.



Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn sagte, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gehe davon aus, dass man große Herausforderungen nur gemeinsam lösen könne. Auf der kommunalen Ebene seien viele Menschen in der Zivilgesellschaft aktiv. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister könnten das bündeln. Auf kommunaler Ebene gebe es viel fachliche Expertise, von der Partnerschaften profitieren könnten. Um dies zu ermöglichen, sei es wichtig, Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen und den Rat der Stadt hinter sich zu bringen. In Bezug auf global verantwortliches Handeln könne die Verwaltung beispielhaft vorgehen, zum Beispiel durch faire Beschaffung.

Es sei eine Herausforderung, auf lokaler Ebene Know-how, Finanzierung und Vernetzungsmöglichkeiten zusammenzubringen. Über Engagement Global biete das BMZ allerdings vielfältige Instrumente, mit denen man bei vielen Problemen unterstützen könne, die in Partnerschaften auftreten könnten.



Hans-Christoph Boppel fügte hinzu, dass es ein Kunststück sei, eine Kommune zu befähigen, diese Aktivitäten durchzuführen. Was man nicht ersetzen könne, seien die Menschen, die diese Partnerschaften gestalteten. Dazu gehörten die Verwaltung, das Stadtparlament und die Zivilgesellschaft, die sich in dem Projekt engagiere. Aber man könne als Land gute Rahmenbedingungen schaffen, was man in NRW mit gutem Erfolg versuche. Das Land habe ein Förderprogramm eingeführt, das 80 Prozent Zuschuss

gebe und beispielsweise großzügig mit der Frage der Unterstützung von Reisekosten umgehe. Denn, so Hans-Christoph Boppel, Partnerschaft beruhe auf persönlicher Begegnung. Auf diese Weise unterstütze man derzeit etwa zehn Kommunen. Seine Erfahrung zeige jedoch, dass es nötig sei, das Programm besser zu „vermarkten“. Vielleicht könne die Konferenz dazu beitragen.



Frédéric Vallier erinnerte an die Rio Konferenz 1992 und ihr Motto „think global, act local“.

Kommunen hätten Know-how in Schlüsselthemen für Bürger (Armutsminderung gute lokale Regierungsführung, Wasser/Abwasser etc.). Eine wichtige Frage sei, wie man Lösungsansätze, die es gebe, verbreiten könne. Dies geschehe in kommunalen Partnerschaften durch peer-to-peer-learning und Wissensaustausch. Dabei ginge es nicht darum, Lösungen von einem Ort an einen anderen zu übertragen. Die Lernmöglichkeiten seien dennoch sehr wertvoll und Kommunen seien gut in der Lage, Ideen in ihren eigenen Kontext zu übertragen und anzupassen.

Lokale Partnerschaften zeichneten sich durch ihre Langfristigkeit aus. Durch sie entstehe Freundschaft, Vertrauen und eine nachhaltige Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern. Ein Freundschaftsvertrag zwischen Ländern beispielsweise bedeute alleine wenig, er müsse begleitet werden durch echte Begegnungen, wie dies beim Elysee-Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland der Fall gewesen sei. In Städten

gebe es viele Ansatzpunkte und Hebel für nachhaltige Veränderungen, wie beispielsweise Krankenhäuser, Schulen, Handelskammern etc. Schließlich sei bei kommunalen Partnerschaften wichtig und stehe im Vordergrund, dass beide Partner von der Partnerschaft profitierten. Für Bürgerinnen und Bürger seien Partnerschaften eine hervorragende Beteiligungsmöglichkeit an politischen Prozessen und für Angestellte der Kommunen seien sie hervorragendes Training. Man lerne viel – insbesondere in Bezug auf Adaption von Lösungsmöglichkeiten. Der Blick über den Teller- rand helfe zu lernen, auf andere Art nach Lösungen für Herausforderungen zu suchen. Wichtig sei, dass kommunale Entwicklungszusammenarbeit in einem nationalen Programm verankert und mit nationaler und europäischer Politik verbunden sei.



Habraham Shamumoyo sprach über Herausforderungen auf kommunaler Ebene und Lösungsansätze, die sich durch kommunale Partnerschaften ergäben. Kommunale Strukturen müssten weiter gestärkt werden. Zum einen finanziell – damit sie in der Lage seien, das Mandat zu erfüllen, das ihnen gegeben sei. Kommunen stünden an vielen Orten immer noch vor Herausforderungen in Bezug auf das Verhältnis zu Zentralregierungen.

In Deutschland gebe es eine lange Geschichte der Dezentralisierung und viel technisches Wissen, insbesondere in Bezug auf Klima- und Umweltschutz, und in Tansania habe man viel darüber gelernt, wie deutsche Kommunen arbeiten. Deutsche Kommunen könnten

aber auch von tansanischen Kommunen lernen. Eine Herausforderung für kommunale Partnerschaften sei es, ihre Wirksamkeit darzulegen und gegenüber Steuerzahlern zu legitimieren. Eine weitere Herausforderung sei, die Partnerschaft vonseiten der Kommunen finanziell auszustatten. Kommunale Budgets seien in Deutschland wie in Tansania begrenzt. Dennoch sei es wichtig, dass sich Aktivitäten der Partnerschaft auch in den kommunalen Budgets wiederfinden. Und schließlich sei es wichtig, die Kontinuität der Partnerschaft zu sichern, Vertrauen wachsen zu lassen und weitere Akteure einzubinden.



Hannelore Klabunde beschrieb zunächst die Situation ihrer Stadt Bad Belzig. Die Initiative für eine kommunale Partnerschaft sei durch einen Deutsch-Kameruner entstanden, der in der Stadt sehr bekannt sei und der bereits viele Bürger der Stadt zu Besuchen in seiner Heimatstadt Kribi mitgenommen habe. Aufgrund dieser Kontakte habe es eine Anfrage aus Kamerun gegeben, ob Bad Belzig Interesse an einer Städtepartnerschaft habe.

Hannelore Klabunde habe Briefe mit dem dortigen Bürgermeister ausgetauscht, Bürgerinnen und Bürger aus Bad Belzig hätten bereits eine Schule vor Ort unterstützt und es sei eine Freundschaft zwischen Menschen in beiden Städten entstanden. Nun sei es an der Zeit, dieser Partnerschaft einen neuen Rahmen zu geben. Sie habe in den letzten Tagen viel gehört, woher man Unterstützung bekommen könne, und fordere diese nun ein: Engagement Global könne

sich in Bad Belzig gut bewähren. Es gehe ihr nicht um den wirtschaftlichen Erfolg, vielmehr gehe es um Freundschaft mit Bürgern aus einem anderen Land. Es sei noch eine Herausforderung, gegenseitige Besuche zu ermöglichen. Bis jetzt sei es meist so, dass zum Beispiel zehn Personen aus Bad Belzig nach Kribi fahren würden und lediglich ein Bürger von Kribi Bad Belzig besuchen könne. In jedem Fall werde sie aber ihre Stadtverordneten ermutigen, die Partnerschaft zu unterstützen.



Rolf Armbruster von der Dreieckspartnerschaft Chambéry – Bisoro – Albstadt fragte, wie man es schaffen könne, Menschen eine Reise nach Europa zu ermöglichen? Hans-Christoph Boppel antwortete hierauf, dass die Erkenntnis, dass man reverse Elemente fördern müsse, inzwischen bei Bund und Ländern angekommen sei. Jetzt müsse man das noch umsetzen. Frédéric Vallier ergänzte mit einem Beispiel, das in Frankreich sehr gut funktioniere, nämlich das sogenannte „Loi Oudin-Santini“. Nach diesem Gesetz können bis zu ein Prozent der Wasserausgaben an die kommunale Entwicklungszusammenarbeit weitergeleitet werden (siehe Material Nr. 29 aus dieser Reihe). Es gebe nun Gespräche, das auch auf Abfallverwertung auszuweiten. Dies könne vielleicht eine Anregung für Landes- und Bundeseinrichtungen in Deutschland sein.

Viele der Teilnehmenden sagten, dass die sehr strengen Visabestimmungen ein großes Problem für den Austausch zwischen den Kommunen seien. Zielgruppenspezifische Programme helfen hier nur

bedingt. Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn sagte, sie könne den Ärger über Visabestimmungen gut nachvollziehen, aber weder das BMZ noch das Auswärtige Amt wären hierfür zuständig, sondern das Innenministerium. Sie bekräftigte, dass Partnerschaften in einem politischen Rahmen stattfinden und ermutigte daher die kommunalen Vertreter auf ihre Bundestagsabgeordneten zuzugehen. In Diskussionen zu Visafragen könnten diese eingebunden werden.

Hans-Christoph Boppel fügte hinzu, dass es helfen könne, wenn man die Partnerschaft bekannt mache, allerdings sei die Situation durch die „Schengenhäuser“ verschärft. Visabehörden verlangten Dinge, die beispielsweise ein junger Mann von 25 Jahren nicht vorlegen könne. Da müsse die Bundesregierung handeln, denn das sei ein ernsthaftes Problem für die Entwicklungszusammenarbeit.

Heidi Stiewink vom Arbeitskreis Brot für die Welt Tikato sprach zur aktuellen Frage von Flüchtlingen auf Lampedusa. Die Themen hingen zusammen und kommunale Partnerschaften müssten sich fragen, welche Verantwortung sie hier übernehmen könnten.



Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn sagte, dass alle die Menschenrechtsverletzungen sähen und Hans-Christoph Boppel fügte hinzu, dass sich vielleicht ein Geist von Partnerschaft auch in diesem Thema wiederfinden müsse. Wäre es zum Beispiel möglich, dass Kommunen freiwillig zusätzliche Flüchtlinge aufnehmen? Man müsse das in die Diskussion

aufnehmen. Frédéric Vallier ergänzte, dass er mit der Kommune Lampedusa in Kontakt sei. Der Fall zeige, dass es in der Praxis Kommunen seien, die mit den Konsequenzen europäischer Gesetze umgehen müssten. Hier könne Solidarität zwischen den Kommunen wichtig sein, und Kommunen könnten in diesem Sinne Lobbyarbeit für ihre Schwesterkommune Lampedusa betreiben.

Dr. Didas Massaburi, Bürgermeister der Stadt Dar es Salaam, sprach sich dafür aus, dass Partnerschaftsangebote sich am Bedarf der Partnerstädte orientieren müssten. PLATFORMA sei nicht so gut geeignet Probleme seiner Stadt anzugehen. Wie könne man also diese Herangehensweise ändern? Solange man dies nicht tue, entspreche das Partnerschaftsverhältnis der Partnerschaft zwischen einer größeren und kleineren Schwester und nicht wirklich einer Partnerschaft auf Augenhöhe. Seiner sonstigen Erfahrung mit kommunalen Partnerschaften entspreche dies nicht.

Frédéric Vallier merkte an, dass die dezentralisierte Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene sehr neu sei. In Zukunft werde diese nicht nur durch kommunale Partnerschaften unterstützt. So solle Geld, mit dem die EU beispielsweise die Regierung Tansania bei der Dezentralisierung unterstütze, auch für Kommunen verfügbar sein.

Renate Hechenberger von der Stadt München sagte als Anregung, dass man bislang viel über Zusammenarbeit auf der Fachebene geredet habe, dass aber die politische Zusammenarbeit auch wichtig sei. Man müsse den Austausch zwischen Entscheidungsträgern fördern. Diese könnten viel lernen im Austausch über ihr Selbstverständnis, wie sie ihre Arbeit organisierten, über den Austausch mit Bürgern. In der Partnerschaft München – Harare sei das sehr spannend. Deutsche Mandatsträger seien durch diese Art von Austausch viel stärker Teil der Partnerschaft geworden und trügen sie nun ganz anders mit. Hannelore Klabunde dankte für die Anregung aus München. Das Engagement müsse von allen getragen werden. Sie gehe mit

vielen guten Ideen nach Hause und bedankte sich recht herzlich.

Habraham Shamumoyo bemerkte abschließend, dass viele Herausforderungen auf nationalstaatlicher Ebene angegangen werden müssten. ALAT müsse und werde Lobbying für das Potenzial in der Arbeit von Städtepartnerschaften betreiben, damit man Kommunen besser unterstützen und zu ihrer Arbeit befähigen könne.

7. Präsentation der Partnerschaft Hamburg – Dar es Salaam



Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Hamburg stellten die Partnerschaft zwischen Hamburg und Dar es Salaam vor. So gebe es schon seit Ende der Kolonialzeit Kirchenpartnerschaften zwischen beiden Städten. 2005 habe die Zweite Bürgermeisterin Dar es Salaam besucht und die Verbindungen auf politischer Ebene vertieft. Dies führte 2010 zur Unterzeichnung einer Partnerschaftsvereinbarung zwischen beiden Städten. Heute beteiligten sich zahlreiche Gruppen in beiden Städten an der Partnerschaft. Diese erstreckten sich über verschiedene Bereiche – von Jugendaustausch, Schul- und Hochschulpartnerschaften, Kulturbegegnungen, Zusammenarbeit im medizinischen Bereich, der Feuerwehr, Wasserversorgung, Müllabfuhr bis zu Klimaschutz und beruflicher Weiterbildung. Gute partnerschaftliche Beziehungen ermöglichten eine dynamische

Entwicklung der Partnerschaft. Studierende des Journalistenaustausches zwischen den Städten ließen die Partnerschaft an drei Beispielen lebendig werden, indem sie Vertreterinnen und Vertreter der Städte zu ihrer Arbeit interviewten: aus Schulpartnerschaften, der Partnerschaft der Feuerwehren und aus der Klimapartnerschaft zwischen den beiden Städten.

8. Stadtrundfahrt, Empfang im Hamburger Rathaus, Theateraufführung des Pantheaters: „Nyumbani“



Am Nachmittag waren alle Teilnehmenden zu einer Stadtrundfahrt durch Hamburg eingeladen. Diese führte unter anderem zur HafenCity, wo der neue Dar-es-Salaam-Platz besucht und von Vertreterinnen und Vertretern beider Städte und insbesondere des Oberbürgermeisters von Dar es Salaam, Dr. Didas Massaburi, präsentiert wurde.



Am Abend lud die Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Dorothee Stapelfeldt, im Namen des Senats und des Ersten Bürgermeisters zu einem Empfang im Hamburger Rathaus. In ihren Reden würdigten Dr. Dorothee Stapelfeldt, Dr. Didas Massaburi und Dr. Stefan Wilhelmy die Partnerschaft der beiden Städte.

„Die von Engagement Global initiierten Klimapartnerschaften bieten einen Rahmen, um einerseits praktische Projekte zur Reduzierung von Treibhausgasen und zur Anpassung an den Klimawandel zu realisieren. Andererseits kommt das Thema Klimawandel in die Bildungsarbeit der Partnerstädte. Gerade im Austausch ist dies besonders wertvoll!“

Dr. Dorothee Stapelfeldt

Dr. Dorothee Stapelfeldt begrüßte die Teilnehmenden im Namen des Senates und des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg. In Hamburg habe schon im Jahre 2009 die Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen (BUKO) der SKEW stattgefunden. Nun sei Hamburg zum zweiten Mal Austragungsort einer bedeutenden Konferenz zum Thema kommunale Partnerschaften, welches Ausdruck der guten Zusammenarbeit der Stadt mit der SKEW sei.

Dr. Dorothee Stapelfeldt gab einen kurzen Überblick über die Geschichte Hamburger Städtepartnerschaften. Hamburg habe heute neun Partnerschaften mit anderen Städten auf allen Kontinenten. Die Partnerschaft mit Dar es Salaam sei mehr als kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Die sozialen, kulturellen und persönlichen Begegnungen, besonders unter jungen Menschen, seien wichtig, und trügen zu weiterem gegenseitigen Verständnis bei. Auf diese Weise würden Themen wie Klimawandel und internationale Arbeitsteilung in ihren globalen Ursachen und Wirkungen für die Bürger beider Städte besser fassbar.



Dr. Didas Massaburi dankte der Stadt Hamburg für ihre Einladung und versicherte, dass alle drei Gemeinden von Dar es Salaam – Kinondoni, Ilala und Temeke – bei der Konferenz sehr gut vertreten seien. Partnerschaften seien mehr als Freundschaft. In einer Partnerschaft hätten alle Partner eine Verantwortung dafür zu sorgen, dass jeder gleichermaßen von der Partnerschaft profitiere. Wie bei Zwillingen könne es keine große oder kleine Schwester geben. Er hoffe, Dar es Salaam und Hamburg könnten in diesem Sinne Partner sein. Dazu gehöre, dass keine der Städte überzogene Erwartungen an die andere habe. Vielmehr müsse man sich gemeinsam auf seine Stärken und Schwächen besinnen und daraus ableiten, wie man sich am besten gegenseitig unterstützen könne. Andere afrikanische Städte sollten sich diese Art von Partnerschaft zum Beispiel nehmen.



Auch Dr. Stefan Wilhelmy, Abteilungsleiter der SKEW, hob das besondere Engagement der Stadt Hamburg im Bereich der kommunalen Partnerschaften hervor.

Er dankte der Stadt für die gelungene Kooperation hinsichtlich der Ausrichtung der Zweiten Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“ in Hamburg und dem festlichen Empfang im Rathaus.



Höhepunkt des Abends war die Aufführung des Theaterstückes „Nyumbani“ des Pantheaters, eine Produktion, in der Jugendliche aus Dar es Salaam gemeinsam mit Schauspielern aus Hamburg auf der Bühne standen und ihre Beziehung zu „Heimat“ thematisierten. Durch den Abend führte die Moderatorin Dr. Nkechi Madubuko.

Samstag, 26. Oktober 2013

9. Keynote Jürgen Maier, Geschäftsführer Forum Umwelt und Entwicklung



Jürgen Maier referierte zu dem Titel „Von MDGs zu SDGs – Globale Ziele, lokale Umsetzung?“ zur Frage, welche Bedeutung die Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) für Kommunen hätten und ob man von diesen Nachhaltigkeitszielen neuen Schwung für die Umsetzung auf lokaler Ebene erwarten könne. Die Bekanntheit der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) und erst recht der Ziele für nachhaltige Entwicklung sei begrenzt. Ebenso sei der Beschluss, die Neuauflage der MDGs und die SDGs zu einer gemeinsamen Post-2015-Agenda zusammenzulegen, im Windschatten der Bundestagswahl in Deutschland kaum wahrgenommen worden.

Zwischen den MDGs und den SDGs gebe es einen qualitativen Unterschied. Erstens sollten die SDGs auch für Deutschland gelten und zweitens sei angestrebt, dass diese die „planetarischen Grenzen“ respektierten. Reine Entwicklungsziele täten dies nicht und so stünden auch den Erfolgen der MDGs eine Menge besorgniserregender Berichte gegenüber: Die Umweltsituation und der Zustand lebenswichtiger Ökosysteme habe sich seit 1992 dramatisch verschlechtert. Zudem gebe es Grund zu der Annahme, dass die Umweltsituation

noch schlimmer wäre, wenn die Entwicklungserfolge besser ausgefallen wären. Solange Entwicklung im Gegensatz zu einem Leben innerhalb der planetarischen Grenzen stünde, sei dies kein Wunder. Auf Dauer könne das aber nicht gut gehen, irgendwann sei ein kritischer Punkt erreicht. Die Botschaft von Rio sei klar: Man brauche ein anderes Entwicklungsmodell. Das bedeute auch, dass man Ressourcen des Planeten gerechter verteilen müsse. Daher sei es aus seiner Sicht essenziell, dass Deutschland seinen ökologischen Fußabdruck verringere.

Die Verhandlungen über globale Ziele für nachhaltige Entwicklung, die jetzt begonnen hätten, würden nicht einfach werden. Denn die zukünftige Post-2015 Agenda solle einerseits umfassend sein und andererseits in einer verständlichen und überschaubaren Zahl von konkreten Zielen münden. Hier sei es nötig, Prioritäten zu setzen.

Die erste Priorität sei Armutsbekämpfung und menschenwürdiges Leben. Dabei gehe es um die „klassischen“ MDG-Themen, aber auch um neue Aspekte wie Menschenrechte, Verteilungsgerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und die Rechte zukünftiger Generationen.

Der zweite Themenkomplex sei Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz. Dabei gehe es um den Schutz von Ökosystemen, um nachhaltiges Wirtschaften und Konsum in den planetarischen Grenzen des Ökosystems und um zukunftsfähige, kohlenstoffarme Wohlstands- und Wachstumsmodelle. Dabei sollten die Ziele über bestehende Ziele hinausgehen und gleichzeitig realisierbar sein. Es müsse klare Vorgaben geben, aus denen sich Rechte und Pflichten ableiten ließen, und gleichzeitig müsse genügend Handlungsspielraum für nationale Umsetzungsprogramme gelassen werden. Die Ziele müssten auf die Verbesserung der Lebensumstände aller Menschen abzielen und nicht,

wie in den MDGs, nur die Halbierung des Anteils der Menschen, die in extremer Armut leben, vorsehen.

Ein Beschluss der Vereinten Nationen genüge nicht. So wie die MDGs in vielen Ländern des Südens zu nationalen Aktionsplänen zu ihrer Umsetzung geführt hätten, müsse dies auch für die SDGs geschehen. Die neue Bundesregierung müsse also aus den SDGs nationale Nachhaltigkeitsziele für Deutschland ableiten. Dabei könne es Kommunen geben, die auf lokaler Ebene schneller voranschritten. Die Umsetzungsstrategien für diese Ziele müssten dabei gut überlegt sein, um wirklichen Fortschritt zu bewirken. Jürgen Maier illustrierte das am Beispiel der „Charta für Holz“, die den Holzverbrauch erhöht habe und nicht zu mehr Ressourcenschutz beigetragen habe. Letztlich sei entscheidend, dass man die Grundlagen der Wachstumsideologie in Frage stelle.

Die Post-2015-Agenda könne nur realisiert werden, wenn Regierungen, Kommunen und Zivilgesellschaft sie wirklich umsetzen wollten. Es bestehe zwar die Gefahr, dass auf internationaler Ebene lediglich schwache Ziele herauskämen. Aber die Erfahrung mit den MDGs habe gezeigt, dass auch schwache und defizitäre Ziele sich nutzen ließen, um Sinnvolles voranzubringen und gute Wirkungen zu erzielen. Die MDGs hätten wegen ihrer Klarheit, Knappheit, Vermittelbarkeit und Quantifizierbarkeit in vielen Ländern politische Wirksamkeit entfalten können und deshalb sollte man sie 2015 nicht einfach ersatzlos auslaufen lassen. Die Zusammenführung der Neuauflage der MDGs mit den SDGs in der Post-2015-Agenda biete also durchaus Chancen. Diese müssten allerdings genutzt werden und hierbei käme sowohl Nichtregierungsorganisationen als auch Kommunen eine tragende Rolle zu.

10. Podiumsdiskussion „Die Umsetzung der MDGs in den Kommunen“



Auf den Beitrag von Jürgen Maier folgte eine Podiumsdiskussion zur Umsetzung der MDGs in den Kommunen. An der Podiumsdiskussion nahmen neben Jürgen Maier, Silvia Hesse (Freundeskreis Malawi und Städtepartnerschaft Hannover – Blantyre e. V., Gaston Makwembe (City Public Relations, Dar es Salaam, Sprecher des Stadtrates), Hanne Hall (Referatsleiterin für Entwicklungszusammenarbeit mit dem Partnerland Ruanda im Ministerium des Innern, Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz) sowie Dr. Stefan Wilhelmy (Abteilungsleiter SKEW der Engagement Global) teil.

Die Podiumsdiskussion begann mit der Frage, welche Rolle Kommunen in der Post-2015-Agenda haben und welche Empfehlungen man Kommunen in dem Prozess geben kann. Jürgen Maier verwies auf die Rolle der sogenannten „major groups“ im System der Vereinten Nationen, von denen die Kommunalverwaltungen eine seien. Diese hätten Beobachterstatus und damit kein Stimmrecht, sie könnten aber Lobbyarbeit bei ihren nationalen Regierungen leisten. Regierungen schreckten davor zurück, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Kommunen hingegen könnten sich dazu entschließen, in der Umsetzung von Zielen voranzugehen und dadurch auf lokaler Ebene Fakten schaffen und damit deutlich machen, dass starke Ziele auf lokaler Ebene gewünscht seien.

Silvia Hesse bemerkte, dass es für Kommunen sehr wichtig sei, in den Prozess der Zielformulierung eingebunden zu sein. Es sei sehr hilfreich, sich an gemeinsamen Zielen orientieren zu können, zum Beispiel innerhalb von internationalen Netzwerken wie ICLEI (Local Governments for Sustainability). In dem aus Mitteln der Europäischen Kommission (NSA-LA) finanzierten Projekt „Aware and Fair“ der Stadt Hannover habe man in Zusammenarbeit mit europäischen Partnerstädten in Polen, Tschechien und Ungarn am Beispiel des Fairen Handels zeigen können, was man vor Ort tun könne, und damit einen enormen Lernprozess angestoßen. Beispielsweise habe man neue Zielgruppen ansprechen können, zum Beispiel die lokale Wirtschaft. Sie halte es für dringend notwendig, übergreifend zu arbeiten und Umwelt- und Entwicklungsthemen zusammenzubringen, wie dies zum Beispiel von Initiativen wie „Transition Towns“ in Hannover und anderswo getan werde.



Gaston Makwembe sagte, man müsse weiter darüber verhandeln, wie man gemeinsam an der Implementierung von Entwicklungszielen arbeiten wolle. Es könne passieren, dass die Partner in Europa aufgrund ihrer eigenen Zielsetzungen für MDGs oder SDGs bestimmte Projektideen hätten und dass Städte wie Dar es Salaam dann dazu ja sagten, weil sie es sich in ihrer Lage nicht leisten könnten diese zurückzuweisen. Viel besser wäre es, wenn man sich partnerschaftlich zusammensetzen und die Bürger in Dar es Salaam an der Implementierung von Projekten beteiligen und sich somit an den Bedürfnissen der Bürger orientieren könnte. Städte

seien sehr unterschiedlich und hätten sehr unterschiedliche Bedürfnisse. Daher sei es wichtig, partnerschaftlich Prioritäten in der Zusammenarbeit zu finden. Städte wie Dar es Salaam brauchten auch weiter Unterstützung darin, die richtigen Partner für ihre Anliegen zu finden.

Hanne Hall berichtete von der Länderpartnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda. Diese bestehe seit 1981 und sei wesentlich auf zivilgesellschaftlichem Engagement aufgebaut. Für das Ministerium sei es zentral, die Bedürfnisse der Partner zu berücksichtigen. Ein Projekt könne daher nur unterstützt werden, wenn es vom ruandischen Partner vorgeschlagen werde. Sie berichtete außerdem von ihren Erfahrungen mit Austauschprogrammen, bei denen Jugendliche aus Rheinland-Pfalz nach Ruanda gefahren seien. Diese kämen aus ihren Aufenthalten verändert zurück, mit einem anderen Bewusstsein und Verantwortungsgefühl für das Ganze. Hier könne die partnerschaftliche Arbeit zu einem Wertewandel beitragen.



Dr. Stefan Wilhelmy erläuterte, wie sich die SKEW mit der Post-2015/SDG-Agenda befasse. Nach seiner Erfahrung seien die MDGs in der lokalen Arbeit der SKEW hilfreich für Informationsarbeit, auch wenn es zum Teil schwer zu vermitteln sei, wie deutsche Kommunen einen Beitrag zu internationalen Zielsetzungen leisten könnten. Wirklich globale Ziele, die auch deutsche Kommunen beträfen, wären insofern ein Fortschritt. Solche Zielkataloge seien immer unvollkommen, dennoch böten sie eine wichtige Orientierung und bedeuteten immer auch einen Diskussionsprozess.

Aus Perspektive der SKEW werde es durch solche Diskussionsprozesse leichter, Kommunen hierfür zu gewinnen. Ein einheitlicher Rahmen sei sehr sinnvoll und sei mehr als eine Aktualisierung der MDGs. In Bezug auf die Veränderung von Konsummustern – und darum gehe es auch – seien alle Beteiligten gefordert. Sei man persönlich dazu bereit sich einzuschränken und könne man andere davon überzeugen? Wie schaffe man in diesen Fragen Verbindlichkeit und wie werde man in der Umsetzung schneller?



Silvia Hesse bemerkte, dies sei nicht nur eine Frage von Einschränkung. Man müsse sich auch klar machen, welche Verluste der aktuelle Lebensstil verursache und was man durch einen neuen Lebensstil gewinnen könne, wenn beispielsweise durch Radfahren die Parkplatzsuche weg falle. In Diskussionen mit der Partnerstadt Blantyre zu der Frage, welche Entwicklung man brauche, habe man gelernt, sorgfältiger zu hinterfragen, welche Faktoren tatsächlich einen höheren Lebensstandard bedeuteten.



Jürgen Maier erklärte am Beispiel der „Charta für Holz“, dass vieles nicht mit Verzicht zu tun habe, sondern mit anderer Organisation. So habe Frankreich einen Pro-Kopf Papierverbrauch der bei 60 Prozent des deutschen Papierverbrauchs läge. Mit Verzicht habe das kaum zu tun. Kommunen könnten, was Organisationsfragen betreffe, viel voneinander lernen, Partnerschaften könnten gemeinsam voranschreiten. In Bezug auf die Post-2015/SDG Agenda könne man als Lobbyist versuchen, auf die Texte zukünftiger Vereinbarungen Einfluss zu nehmen, allerdings sei dies nicht sehr vielversprechend. Kommunen könnten aber beispielsweise ein Ziel priorisieren und an dessen Umsetzung arbeiten. Dies sende die Botschaft an Regierungen, dass auf lokaler Ebene anspruchsvolle Ziele erwünscht seien. Hierfür gebe es viele Gelegenheiten – in der lokalen Landwirtschaft, in der Beschaffung etc. Nur so könne man hoffen, in der Formulierung und Erreichung von Zielen über den global kleinsten gemeinsamen Nenner hinaus etwas zu erreichen. Priorisierung sei auch ein Weg, um auf lokaler Ebene mit der Komplexität der Ziele umzugehen. Auf Ebene der Vereinten Nationen kämen viele Ziele zusammen, diese müssten aber nicht alle gleichermaßen in jeder Kommune kommuniziert werden, manche seien nur partiell relevant. So habe man beispielsweise in Deutschland viel für den technischen Umweltschutz getan. In Deutschland sei die Herausforderung eher der hohe Ressourcenverbrauch, und da könne auf kommunaler Ebene einiges getan werden. Priorisierung bedeute zu entscheiden, wo der größte Hebel sei.



Dr. Stefan Wilhelmy gab zu bedenken, dass Konzentration auf ein Thema zwar hilfreich sein könne, es bestünde aber andererseits die Gefahr, dass man sich auf seinen Stärken ausruhe. Der Gesamtrahmen könne Städten verdeutlichen, dass man sich in vielen Bereichen verbessern müsse. Seiner Ansicht nach würden in der Diskussion die Begriffe „entwickelt“ und „nicht entwickelt“ oft zu unreflektiert verwendet. Man müsse sich fragen, in welche Richtung die Entwicklung gehen solle. Und tatsächlich sei man über den Begriff der „Entwicklungshilfe“ bereits hinausgewachsen. Es gehe vielmehr um Partnerschaft und daran solle man weiterarbeiten.

11. Abschlussrede S.E. Essohanam Comla Paka, Botschafter der Republik Togo



Botschafter Essohanam Comla Paka begann seine Rede mit einer Würdigung des wachsenden Interesses am afrikanischen Kontinent, das sich in einer Vielzahl von Initiativen der Bundesrepublik äußere. Die Zweite Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“ füge sich ein in diese Reihe. Die Konferenz zeige, dass sich die Bundesrepublik Deutschland nicht nur für Zusammenarbeit mit den Regierungen interessiere, sondern die Bevölkerung im Allgemeinen sowie deren Wünsche in der Umsetzung lokaler Ziele berücksichtigen wolle. Heutzutage sei klar, dass Kooperation zwischen Ländern auf Regierungsebene nicht ausreiche. Die Chance, dass sich im Zuge der

Globalisierung aus mehreren Elementen ein Ganzes füge, bedürfe eines Lernprozesses, der Anpassung, der Beharrlichkeit, der Belastbarkeit und brauche auch das Durchhaltevermögen aller Akteure. Man müsse sich kennenlernen und Erfahrungen auf Augenhöhe austauschen. Niemand könne von der Weltkugel abspringen.

„Wir leben auf einer Weltkugel, von der niemand einfach abspringen kann. Afrika hat sich daher mit der Bewegung der Welt verbunden.“

Essohanam Comla Paka

Deutschland könne mit seinem hochentwickelten dezentralisierten System und seiner Erfahrung in der Kommunalverwaltung viel beitragen. In Afrika seien die meisten staatlichen Systeme stark zentralisiert und suchten Wissen, Techniken, Know-how und Instrumente für die Verwaltung auf lokaler Ebene. Sie wollten sich von Ländern wie Deutschland inspirieren lassen, ohne dabei Deutschland zu kopieren. Jeder Kontinent, jedes Land habe seine eigene Lebenswirklichkeit.

Essohanam Comla Paka zitierte den senegalesischen Dichter und ehemaligen Präsidenten des Senegals Léopold Sédar Senghor, indem er sagte, man habe sich drei Tage lang in einem „Treffen des Gebens und Nehmens“ an der Vielseitigkeit des Anderen bereichert. Die Teilnehmenden hätten versucht herauszufinden, was sie in ihrem dezentralisierten System oder in ihrer Kommune verwenden könnten, um die Entwicklung an der Basis entsprechend der jeweiligen Gegebenheiten zu festigen oder harmonisch zu fördern. Jeder Einzelne habe auch die Möglichkeit gehabt, persönlich zu wachsen und sich in seiner Aufgabe zu verbessern, die Geschicke der kommunalen Partnerschaften noch besser und überlegter zu lenken.

Ein anderes Ziel der Konferenz sei es gewesen, zu „lernen, Holz an Holz zu fügen“, wie es Cheik Hamidou Kane in seinem Roman „L’Aventure Ambigüe“ ausdrücke. Man habe sich kennengelernt, man habe

Mauern abgebaut, auch Mauern in den Köpfen. Dies leiste einen wichtigen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis in den zahlreichen kommunalen Partnerschaften, die zwischen Deutschland und Afrika bestünden.

Die Partnerschaften müssten dabei ein klares Ziel vor Augen haben. Wenn man nicht wisse, welchen Hafen man ansteuere, sei kein Wind günstig, wie Seneca sage. Kommunen hätten die Aufgabe, einen Lebensraum zu schaffen, in dem jeder Bewohner ein gutes Leben führen könne. Wenn dieses Ziel erreicht sei, habe man gleichzeitig die Millenniumsentwicklungsziele erreicht und eine Welt der Chancengleichheit und der Einheit in aller Vielfalt geschaffen.

12. Zusammenfassung und Fazit

Dr. Stefan Wilhelmy, Abteilungsleiter der SKEW der Engagement Global



Dr. Stefan Wilhelmy blickte zurück auf die dreitägige Konferenz. Man habe viele Themen besprechen können, und man habe sich den Partnerschaften in ihrer Vielfalt gewidmet. Dies sei sehr wertvoll und man müsse solche Gelegenheiten weiter schaffen. Es sei klar geworden, dass man wegkommen müsse, den Fokus allein auf afrikanische Megastädte auszurichten. Vielmehr wachse vor allem die Zahl der Städte bis 500.000 Einwohner. Dies sei eine Größenordnung, bei der die Erfahrungen deutscher Städte besonders relevant seien. Man müsse weiter im Blick haben,

welche Bedarfe auf lokaler Ebene bestünden und man müsse dabei die Komplexität kommunaler Entwicklung im Kontext der Nachhaltigkeit sehen und nicht nur in einzelnen Projekten denken.

Dr. Stefan Wilhelmy dankte der Freien und Hansestadt Hamburg, allen, die an der Gestaltung der Konferenz mitgewirkt hätten, und den Teilnehmenden für ihr Engagement im Bereich der kommunalen Partnerschaften.

Anhang

Programm

Donnerstag, 24. Oktober 2013

Empfang und Begrüßung

- 14:00 Uhr Anreise, Registrierung und Mittagessen
- 15:00 Uhr Begrüßung durch **Anita Reddy**, Bereichsleiterin, Engagement Global gGmbH
- 15:15 Uhr Rede von **Günter Nooke**, Persönlicher Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- 15:35 Uhr Grußworte durch **Dr. Didas Massaburi**, Oberbürgermeister Dar es Salaam, Tansania
- 15:45 Uhr Keynote Kommunale Partnerschaften mit afrikanischen Kommunen im europäischen Vergleich, **Frédéric Vallier**, Generalsekretär, Rat der Gemeinden und Regionen in Europa (RGRE)

16:00 Uhr Thementische

3-4 Runden á 30 Min. (Input 10 Min., anschl. Fragen und Diskussion)

Tisch 1 Kommunale Partnerschaften für Einsteiger

Moderiert von Angela Gewiese, Vorsitzende, Marafiki wa Masasi – Partnerschaftsverein Enzkreis Masasi/Tansania e. V., Büro „Lokale Agenda Bürgerschaftliches Engagement im Enzkreis“

Tisch 2 Finanzielle Unterstützung für Partnerschaftsprojekte

Moderiert von Dr. Britta Milimo, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und Angela König (bengo)

Tisch 3 Instrumente der Personalentsendung für kommunale Partnerschaftsprojekte

Moderiert von Benjamin Klaus, Integrierte Fachkraft von CIM/SKEW in Dar es

Salaam, Tansania, Doris Deiglmayr (ASA Programmleitung) und Ulrich Held (SKEW)

Tisch 4 Einbindung von Migrantinnen und Migranten in kommunalen Partnerschaften am Beispiel München – Harare

Moderiert von Dorea Pfafferott (SKEW) und Shepherd Mushayavanhu

Tisch 5 Einbindung von Jugendlichen am Beispiel von Schulpartnerschaften und dem Entwicklungspolitischen Schulaustauschprogramm (ENSA)

Moderiert von Hannah Kalhorn (ENSA) und Dr. Elke Plies-Balzer (PROBONO)

Tisch 6 Fairer Handel in kommunalen Partnerschaften am Beispiel Hannover

Moderiert von Silvia Hesse, Freundeskreis Malawi und Städtepartnerschaft Hannover-Blantyre e. V.

18:00 Uhr Museumsbesuch mit Kurzvortrag: BallinStadt – Auswanderermuseum Hamburg

19:00 Uhr Abendessen in der BallinStadt

Freitag, 25. Oktober 2013

- 08:30 Uhr Ankunft, Registrierung
- 09:00 Uhr Keynote **Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn**, Unterabteilungsleiterin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- 09:30 Uhr Keynote **Jean-Pierre Elong Mbassi**, Generalsekretär der United Cities and Local Governments of Africa (UCLG-A)
- 10:00 Uhr Arbeitsgruppen
- Gruppe 1 Dreiecks- und Ringpartnerschaften**
Mit fachlichem Input von Rosa Abel (Stadt Herzogenaurach im Bereich Städtepartnerschaften), Astrid Frey (Cités Unies France), Doris Wüstner, Petra Mauser (Stadträtinnen und Vertreterinnen des Partnerschaftsvereins Herzogenaurach-Kaya) und Jessica Baier (SKEW)
- Gruppe 2 Lokale Infrastrukturprojekte im Bereich Wasser**
Mit fachlichem Input durch Katharina Petersen, UNDP ART Initiative (Articulation of Territorial and Thematic Networks of Cooperation for Human Development)/ Global Water Solidarity, Genf
- Gruppe 3 Ansätze in Schul- und Bildungsprojekten in Afrika**
Mit fachlichem Input von Hannah Kalhorn (ENSA) und Dr. Elke Plies-Balzer (PROBONO)
- Gruppe 4 Kommunale Partnerschaftsprojekte im Bereich Bürgerbeteiligung**
Mit fachlichem Input von Ulla Theisling (Beraterin und Coach)
- Gruppe 5 Kommunale Partnerschaften in Krisen- und Konfliktsituationen**
Mit fachlichem Input von Dr. Dirk Betke, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Mali
- Gruppe 6 Wirkungsorientierung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit**
Mit fachlichem Input von Jana Rosenboom (VENRO) und Annette Turmann (SKEW)
- 12:00 Uhr Mittagessen
- 13:00 Uhr Präsentation der Ergebnisse
- 13:45 Uhr **Podiumsdiskussion „Zur Rolle politischer Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in kommunalen Partnerschaften“ mit:**
Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn, Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Hans-Christoph Boppel, Ehem. Leiter des Referats „Entwicklungspolitische Inlandsarbeit/Auslandsarbeit“ in der Staatskanzlei NRW
Hannelore Klabunde, Bürgermeisterin der Stadt Bad Belzig
Habraham Shamumoyo, Generalsekretär der Association of Local Authorities of Tanzania (ALAT)
Frédéric Vallier, Generalsekretär des Rates der Gemeinden und Regionen in Europa (RGRE)
- 14:45 Uhr Präsentation der Partnerschaft Hamburg – Dar es Salaam
- 15:30 Uhr Präsentation des Dar-es-Salaam-Platzes in der Hamburger HafenCity
- 16:30 Uhr Stadtrundfahrt
- 18:00 Uhr **Empfang im Rathaus**

Samstag, 26. Oktober 2013

- | | |
|--|---|
| <p>Begrüßung durch Dr. Dorothee Stapelfeldt, Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg</p> <p>18:15 Uhr Rede von Dr. Didas Massaburi, Oberbürgermeister Dar es Salaam, Tansania</p> <p>18:25 Uhr Begrüßung durch Dr. Stefan Wilhelmy, Abteilungsleiter SKEW der Engagement Global</p> <p>18:30 Uhr Abendbuffet</p> <p>19:30 Uhr Aufführung des Pantheaters: „Nyumbani“</p> | <p>08:30 Uhr Ankunft, Registrierung</p> <p>09:30 Uhr Keynote Von MDGs zu SDGs – Globale Ziele, lokale Umsetzung?
Jürgen Maier, Geschäftsführer, Forum Umwelt und Entwicklung</p> <p>10:00 Uhr Podiumsdiskussion „Zur Umsetzung der MDGs in den Kommunen“ mit:
Hanne Hall, Referatsleiterin für Entwicklungszusammenarbeit mit dem Partnerland Ruanda im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz
Silvia Hesse, Freundeskreis Malawi und Städtepartnerschaft Hannover-Blantyre e. V.
Jürgen Maier, Geschäftsführer Forum und Entwicklung
Gaston Makwembe, City Public Relations, Dar es Salaam, Tansania
Dr. Stefan Wilhelmy, Abteilungsleiter der SKEW der Engagement Global gGmbH</p> <p>11:00 Uhr Abschlussrede durch S.E. Essohanam Comla Paka, Botschafter der Republik Togo</p> <p>11:30 Uhr Zusammenfassung und Fazit von Dr. Stefan Wilhelmy, Abteilungsleiter der SKEW der Engagement Global gGmbH</p> <p>12:00 Uhr Mittagessen und Abreise</p> |
|--|---|

Teilnehmendenliste

Teilnehmendenliste der Zweiten Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“ vom 24. bis 26. Oktober 2013 in der Ballinstadt, Hamburg

Nachname	Titel	Vorname	Institution
Abel		Rosa	Stadt Herzogenaurach
Ackermann		Julia	Veranstaltungsmanagement
Adeh	Dr.	Ignatius	Afrika in Bremen e. V.
Ahua	Dr.	Mouchi Blaise	
Apedjinou	Dr.	Akouavi Dela	Botschaft der Republik Togo in Deutschland
Armbruster		Rolf	Arbeitskreis Chambéry-Bisoro-Albstadt
Assenga	Dr.	Severine Peter	Ilala Municipality, Tanzania
Backhauss		Rolf-Dieter	Landkreis Helmstedt
Backhauss		Erika	Stadt Schöningen
Baier		Jessica	Engagement Global
Barklind-Schwander		Eva-Maria	Stadt Würzburg, Büro Würzburg International
Bäumer		Julika	Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)
Beese		Harald	ASB OV Hamburg-Mitte, Auslandsdienst
Betke		Dirk	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Biboze		Mussa	Tanzanian Ports Authority
Bier		Jörg	Stadt Sulzbach/Saar
Bläsig	Dr.	Henning	Hilfe für Ruanda aus Hachenburg e. V.
Blome		Christine	Moderatorin
Blüm		Wolfgang	Dreieckspartnerschaft Lahnstein – Vence – Ouahigouya (Burkina Faso)
Bögemann-Hagedorn	Dr.	Christiane	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Böhm	Dr.	Wolf	Stadt Speyer
Bohusch		Wolfgang	Landesarbeitsgemeinschaft Internationales der Grünen Baden-Württemberg

Boppel		Hans-Christoph	Ehem. Leiter des Referats „Entwicklungspolitische Inlandsarbeit/Auslandsarbeit“ in der Staatskanzlei NRW
Borchers		Kevin	Engagement Global
Bruns		Inken	Arbeit und Leben Hamburg e. V.
Capo-Chichi		Narcisse L.	Africa Workshop Organisation e. V. und ggsa e. V.
Chale	Hon. Dr.	Anderson Samwel	Parliament-Temeke Constituency
Classen		Ralf	Büro für Kultur- und Medienprojekte gGmbH
Coupette		Corinna	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH – Tansania
Daoud	Prof. Dr.	Abdelkarim	Université de SFAX TUNISIE Faculté des lettres et sciences humaines
Deiglmayr		Doris	Engagement Global
Desch		Katharina	Tansaniagruppe Curau / Bündnis Eine Welt e. V.
Dohrmann	Dr.	Alke	Städtepartnerschaft Leipzig-Addis Abeba e. V.
Donchi		Adeline	
Dopffel		Johannes	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Dürselen		Sebastian	Engagement Global
Efkar		Gülhan	Sulzbach hilft Benin e. V.
Eismann		Doreen	Engagement Global
Faber		Margarete	Togo-Hilfe e. V. Rheinbach
Farr		Kai-Oliver	Engagement Global
Faust		Julian	Partnerschaftsverein Hürth
Faust	Dr.	Manfred	Stadt Hürth
Feser		Margot	Stadt Schwabach, Städtepartnerschaften
Feuerstein		Norbert	Technik
Francois		Isabelle	Eine Welt Forum Mannheim e. V.
Frey		Astrid	Cités Unies France
Füglein		Rosie	Journalistin
Fuß		Miriam	Engagement Global

Geiger		Stephan	Jugendfeuerwehr Hamburg
Gerhard		Katrin	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Gewiese		Angela	Marafiki wa Masasi – Partnerschaftsverein Enzkreis Masasi/Tansania e. V.
Goethe		Silke	Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa
Grammer	Dr.	Christoph	Staatsministerium Baden-Württemberg
Grasser		Andreas	Fotograf
Grätz		Wolfgang	Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg
Grewe		Mareike	Engagement Global
Haerten		Barbara	Partnerschaft Bonn Cape Coast e. V.
Hall		Hanne	Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz
Hammelmann		Petra	Konsulat der Vereinigten Republik Tansania
Hategekimana		Michias	Africa Workshop Organisation e. V. und gggsa e. V.
Hauschild		Hans-Peter	Partnerschaft Uelzen – Plateaux de Rouen – Tikaré
Hechenberger		Renate	Landeshauptstadt München
Heil		Karl	Ruanda-Komitee e. V. Bad Kreuznach
Held		Ulrich	Engagement Global
Hentschel		Roland	Stadt Oldenburg
Hentschel		Cornelia	Südafrikanische Frauen Initiativen
Hermann		Sabine	Helene-Lange-Gymnasium
Hesse		Silvia	Freundeskreis Malawi und Städtepartnerschaft Hannover-Blantyre e. V.
Hofmann		Klaus	FOCUS e. V. Viernheim
Hofmeier	Prof. Dr.	Rolf	GIGA Hamburg
Hoja	Hon.	Maabadi	Temeke Municipality, Tanzania
Hückeler		Martin	Stadt Solingen
Hüller		Manfred	Stadt Wolfsburg
Jacob	Hon.	Boniface	City of Dar es Salaam, Tanzania

Jansen		Helena	Städtepartnerschaft Kreuzberg – San Rafael Del Sur e. V.
Jobb		Michaela	Plan International Deutschland e. V.
Jording		Lennart	Engagement Global
Jukonyte		Lina	Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Kabigi	Hon.	Grace	City of Dar es Salaam, Tanzania
Kabore		Noel	Initiative der Bürger aus Burkina Faso
Kafka		Benjamin	Dokumentation
Kalhorn		Hannah	Engagement Global
Karbach		Imme	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Kessy	Hon.	Kheri	Ilala Municipality, Tanzania
Kipeta	Hon.	Othman	City of Dar es Salaam, Tanzania
Kissoky	Hon.	Ibrahim	City of Dar es Salaam, Tanzania
Klabunde		Hannelore	Stadt Bad Belzig
Klaus		Benjamin	Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)
König		Angela	Engagement Global
Kraass		Karl-Heinz	Impulsregion
Krichen	Dr.	Chahir	Verein der Kooperationsförderung zwischen Sfax und Marburg
Leinenbach		Bernd	Dolmetscher
Leptien		Volker	Partnerschaft Afrika e. V.
Lipp		Judith	FOCUS e. V. Viernheim
Lolo		Koffivi	Union vom Togoland e. V.
Lübben	Dr.	Stefan	Stadtreinigung Hamburg
Luther		Bernhard	ASB OV Hamburg-Mitte, Auslandsdienst
Macho		Johannes	Chania Coffee
Madubuko	Dr.	Nkechi	Moderatorin

Magina	Hon.	Magina Fortunatus	City of Dar es Salaam, Tanzania
Maier		Jürgen	Forum Umwelt und Entwicklung
Makwembe		Gaston Leo	City of Dar es Salaam, Tanzania
Marwede		Michael	Engagement Global
Massaburi	Hon. Dr.	Didas John	Lord Mayor of the City of Dar es Salaam, Tanzania
Masunga	Hon.	Florence	City of Dar es Salaam, Tanzania
Mattern		Reiner	Südafrikanische Frauen Initiativen
Mauser		Petra	Stadt Herzogenaurach
Mbassi		Jean-Pierre Elong	United Cities and Local Governments (UCLG) of Africa
Mgonja	Hon.	Charles	City of Dar es Salaam, Tanzania
Mgumba		Lidwino Simon	Fire and Rescue Force Tanzania
Milimo	Dr.	Britta	Engagement Global
Mohamed	Hon.	Ally Haroub	City of Dar es Salaam, Tanzania
Mugoh		Gladwin Taffy	Chania Coffee
Mukadi Dah Vignon	Prinz von Abomey	Claude Kalume	Prinz von Abomey, Bell Amani Stiftung i.g.
Mushayavanhu		Shepherd	Berater der Städtepartnerschaft München – Harare
Mysorekar		Sheila	E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit
Nieden		Michael	Partnerschaftsverein Rheinland-Pfalz / Ruanda e. V.
Nooke		Günter	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Ogunyena		Isaiah Adedipo	Nigerianischer Deutscher Verein Bremen e. V.
Paka	S.E.	Essohanam Comla	Botschaft der Republik Togo in Deutschland
Paulsen		Reinhard	Freundeskreis Dar es Salaam – Hamburg e. V.
Petersen		Katharina	UNDP ART Initiative
Pfafferott		Dorea	Engagement Global
Piecha		Mathias	Engagement Global

Plies-Balzer	Dr.	Elke	PROBONO
Pohl		Helmut	Partnerschaft Garango Ladenburg
Postma		Martje	Dolmetscherin
Reddy		Anita	Engagement Global
Ressel		Eva	Moderatorin
Rieger-Ndakorerwa	Dr.	Gudrun	Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Eimsbüttel
Ritthe	Hon.	Janeth	City of Dar es Salaam, Tanzania
Rohwedder	Dr.	Jens	Freundeskreis Dar es Salaam-Hamburg e. V.
Rosenboom		Jana	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Röthemeyer		Ingeborg	Städtepartnerschaftsverein Reutlingen – Bouaké
Rushaigo	Hon.	Julian Martin	City of Dar es Salaam, Tanzania
Salla		Fikiri	Fire and Rescue Force Tanzania
Schmidt		Nele	Veranstaltungsmanagement
Schmitz		Hans-Georg	Kameramann
Schneidewind		Muthoni	Kedovo e. V.
Schöbinger		Katharina	Universität Potsdam
Schomaker		Anja	Dolmetscherin
Schulz		Josefine	Freundschaftsgesellschaft Burkina-Faso/Réo
Schulz	Dr.	Erwin	Freundschaftsgesellschaft Burkina-Faso/Réo
Serbser		Jörn	Helene-Lange-Gymnasium
Shamumoyo		Habraham	ALAT (Association of Local Authorities of Tanzania)
Sleifir		Lydia	Plan International Deutschland e. V.
Steffen		Anke	Stadt Uelzen
Stiewink		Heidi Janina	Arbeitskreis Brot für die Welt – TIKATO
Süß		Christine	Stadt Ludwigsburg
Tabot		Kingsley	
Tall	Dr.	Amina	
Tendeng		Francois	ANEE e. V.

Theisling		Ulla	Bürgerengagement/-beteiligung auf kommunaler Ebene
Turmann		Annette	Engagement Global
Uzor	Dr.	Osmund Osinachi	Afrika in Bremen e. V.
Valentin		Anke	WILA Bonn
Vallier		Frédéric	Council of European Municipalities and Regions (CEMR)
Volkmann		Willi	Förderkreis Burkina Faso e. V. (Rheinstetten)
Volkmann		Christa	Förderkreis Burkina Faso e. V. (Rheinstetten)
Wiemeyer		Cornelia	Veranstaltungsmanagement
Wilhelmy	Dr.	Stefan	Engagement Global
Willke		Klaus	Eine Welt Netzwerk Hamburg e. V.
Wilmers	Dr.	Wilhelm	Arbeitskreis Brot für die Welt – TIKATO
Winkler		Josephine	Veranstaltungsmanagement
Woitzik		Hans-Georg	Landeshauptstadt Kiel – Büro Stadtpräsident – Internationale Beziehungen
Wüstner		Doris	Stadt Herzogenaurach
Yakubu	Hon.	Amina	City of Dar es Salaam, Tanzania
Zagala		Samera	Engagement Global
Zeghal	Prof. Dr.	Khaled Mounir	Tunesische Liga für Menschenrechte – Regional Section von Sfax
Zerria		Ezzedine	Deutsch-Tunesische Gesellschaft

Abkürzungsverzeichnis

ALAT.....	Association of Local Authorities of Tanzania – Kommunaler Spitzenverband in Tansania	SDG.....	Sustainable Development Goals / Nachhaltigkeitsziele
ASA.....	Entwicklungspolitisches Lern- und Qualifizierungsprogramm	SKEW.....	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
bengo.....	Beratungsstelle für Nichtregierungsorganisationen zur Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben	TFM.....	Thematisch flexible Maßnahmen mit Integrierten Fachkräften
BMZ.....	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	UCLG.....	United Cities and Local Governments
BUKO.....	Bundeskonzferenz der Kommunen und Initiativen der SKEW	UCLG-A.....	United Cities and Local Governments – Africa
CEMR.....	Council of European Municipalities and Regions (siehe auch RGRE)	UN.....	United Nations (VN – Vereinte Nationen)
CIM.....	Centrum für Internationale Migration und Entwicklung	VENRO.....	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen
ENSA.....	Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm	VN.....	Vereinte Nationen (UN – United Nations)
EPA.....	Economic Partnership Agreement (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen)		
EU.....	Europäische Union		
gGmbH.....	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
GIZ.....	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit		
ICLEI.....	International Council for Local Environmental Initiatives. Seit 2003 trägt die Organisation den Namen „ICLEI – Local Governments for Sustainability“		
IT.....	Informationstechnologie		
MDG.....	Millennium Development Goals / Millenniums entwicklungsziele		
NAKOPA.....	Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte		
NRO.....	Nichtregierungsorganisationen		
NRW.....	Nordrhein-Westfalen		
NSA-LA.....	Non-State Actors and Local Authorities		
RGRE.....	Rat der Gemeinden und Regionen in Europa (Siehe auch CEMR)		

Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit. Hier finden Sie Verweise auf ausgewählte aktuelle Publikationen.

Dialog Global-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 30: Engagiert und integriert: Afrikanische Diaspora und kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Bonn, September 2013
- Nr. 29: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015 – Dokumentation der Pilotphase. Bonn, Mai 2013
- Nr. 28: Handreichung zur Kommunalen Entwicklungspolitik. Ein Theorie- und Praxisleitfaden. Bonn, Mai 2013
- Nr. 27: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012. Bonn, Februar 2012
- Nr. 26: Hauptstadt des Fairen Handels 2011. Dokumentation. Bonn, Dezember 2011
- Nr. 25: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Studie, Bonn, Dezember 2010
- Nr. 24: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
- Nr. 23: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010
- Nr. 22: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene – Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010

Material-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 62: Pressespiegel 2013
- Nr. 61: Neuntes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. 19. und 20. September 2013. Dokumentation. Bonn, November 2013
- Nr. 60: International Workshop 50 Municipal Climate Partnerships by 2015 – Presentation of the Joint Programmes of Action, 11th-13th June 2013, Würzburg, Germany. Documentation. Bonn, November 2013

- Nr. 59: Internationaler Auftaktworkshop „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ – Phase II: Lateinamerika, 26. bis 28. November 2012, La Fortuna (Costa Rica). Dokumentation. Bonn, April 2013
- Nr. 58: Drittes Netzwerktreffen deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika. Dokumentation vom 15. November 2012. Bonn, Februar 2013
- Nr. 24: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2013

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unser Profil. Bonn 2012
- Unsere Strategie. Bonn 2010
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle, Bonn 2013 [Deutsch, Englisch, Spanisch, Portugiesisch]
- Kommunale Partnerschaften. Vernetzt in der globalisierten Welt. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 04/2013 von welt-sichten)
- Migranten als Brückenbauer. Das entwicklungspolitische Engagement von Migrantenorganisationen. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 09/2013 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.

ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen ist die Ansprechpartnerin in Deutschland für entwicklungspolitisches Engagement, deutschlandweit und international. Seit 1. Januar 2012 vereint Engagement Global unter ihrem Dach Initiativen und Programme, die sich in der entwicklungspolitischen Arbeit aktiv für ein gerechtes globales Miteinander einsetzen.

Mit Engagement Global gibt es erstmalig in Deutschland eine zentrale Anlaufstelle für die Vielfalt des entwicklungspolitischen Engagements sowie der Informations- und Bildungsarbeit.

Engagement Global informiert zu aktuellen Projekten und Initiativen in Deutschland und weltweit, berät Einzelne und Gruppen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell. Sie qualifiziert bedarfsgerecht, verbindet Menschen und Institutionen miteinander, unterstützt zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement, private Träger und Einrichtungen.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Kommunen, Lehrer und Schüler finden

- Information
- Beratung
- Weiterbildung
- Förderung
- Netzwerke

Engagement Global arbeitet im Auftrag der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert. Mit dem Ministerium teilt Engagement Global das Ziel, mehr Bürgerinnen und Bürger für entwicklungspolitisches Engagement zu gewinnen.

Engagement Global ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH). Sie hat ihren Sitz in Bonn. Weitere Standorte sind Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Mainz und Stuttgart.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de
www.facebook.com/engagement-global
www.twitter.com/EngGlobal
Infotelefon 0800 188 7 188

SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • +49 228 20717-0

Eine Welt beginnt vor Ort

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen?

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir sind

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partnern im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperten in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

Wir arbeiten

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir, kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen, die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de und Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



DEUTSCHER
LANDKREISTAG



Deutscher
Städtetag



DSTGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion

EINE WELT.
ONE WORLD.
UN SEUL MONDE.
BONN.



Stadt Köln



Landeshauptstadt
München



stadt wermelskirchen
der richtige ort.



Auswärtiges Amt



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



dbb
beamtenbund
und tarifunion



DGB



Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute



Deutsche
UNESCO-Kommission e.V.



DIÖZESAN
RAT DER KATHOLIKEN
IM ERZBISTUM KÖLN



FORUM DER
KULTUREN
STUTTART E. V.



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Stadt Bonn, Stadt Köln, Main-Kinzig-Kreis, Stadt München, Stadt Wermelskirchen, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e. V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Deutsche UNESCO-Kommission e. V., Diözesanrat der Katholischen Kirche, Forum der Kulturen Stuttgart e. V., Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.